„Sprache formt Wirklichkeit“ – Ist das so?

Von Gosha Aurora und Felix Ruga

Sprache ist ein facettenreiches, sich stetig veränderndes Werkzeug, um uns anderen Personen mitzuteilen und ermöglicht so erst die Entwicklung, Übertragung und den Austausch von Ideen und Konzepten. Da wir nicht per Gedankenübertragung kommunizieren können, hilft uns die Sprache, anderen Menschen unsere abstrakten Ideen und Gefühle zugänglich zu machen. Diese Sprache hat sich über lange Zeit entwickelt, die Gesellschaft hat die Sprache geformt und die Sprache wirkt gleichzeitig auch auf unsere Gesellschaft zurück. Die verwendete Sprache hat Einfluss darauf, wie etwas auf uns wirkt und uns beeinflusst. Ein gut untersuchtes Beispiel dafür ist die gendergerechte Sprache. Aus zahlreichen Studien geht hervor, dass Personen bei Verwendung des generischen Maskulinums (verallgemeinernde Benutzung männlicher Formen) auch öfter an männliche Personen denken. So nennen Befragte bei der Frage nach „Lieblings-Sängern“ z.B. fast ausschließlich männliche Personen. Wird stattdessen z.B. nach „Lieblings-Sänger_Innen“ gefragt, so ist der Anteil an genannten Sängerinnen viel höher. Diese gendergerechte Sprache sorgt also dafür, dass Frauen und andere Identitäten sichtbarer gemacht werden, als durch Verwendung des generischen Maskulinums. Diese höhere Sichtbarkeit kann Mädchen und Frauen dabei bestärken, sich bestimmte Aufgaben eher zuzutrauen oder Ziele zu verfolgen und kann damit in individuellen Lebensläufen eine wichtige Rolle spielen und damit auch gesellschaftlich wirken.

Doch was sind die Grenzen von Sprache?

Hierfür ist die Betrachtung des Verhältnisses von Basis und Überbau sehr praktisch und gehört zu den marxistischen Basics. Jede Gesellschaft muss produzieren, um zu überleben. Produktion von notwendigen Gütern ist die Grundlage dessen, warum Menschen überhaupt miteinander leben und leben müssen und hat deswegen schon immer eine absolute Ausnahmerolle in

unserem Zusammenleben gespielt. Deswegen bezeichnet man die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Produktion auch als „Basis“. Menschen produzieren aber nicht nur miteinander, sondern haben noch unzählige andere Tätigkeiten, Institutionen und Ebenen wie Kunst, Kultur, Religion, Wissenschaft und (staatliche) Verwaltung. Diesen Stehen auf die ein oder andere Art und Weise in aktivem Bezug zur Basis. Am Beispiel der Verwaltung erkennt man auch, dass sie einerseits unbedingt notwendig ist, um eine nennenswerte Produktion aufrechtzuerhalten, andererseits aber immer den Vorgaben der Produktion gehorcht. Die Produktion gibt die Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Bedürfnisse vor, weil sie eben das notwendige im menschlichen Zusammenleben ist. Und so ähnlich ist es auch mit der Sprache: Sprache oder das Sprechen selbst ist nicht lebensnotwendige Produktion. Es ist aber absolut notwendig zum Planen, Entwerfen und Absprechen im Arbeitsprozess und je ausgefeilter und produktiver der Mensch arbeitet, desto mehr Zeit hat er auch, komplexe Dinge zu besprechen. Und je komplexer die Produktion, desto komplexer ist die Arbeitsteilung und damit auch die Gesellschaft. Und eine komplexere Gesellschaft braucht eine komplexere Sprache, um beschrieben zu werden und zu funktionieren. Sprache und Produktion befruchten sich also gegenseitig, die Produktion nimmt aber dabei die Grundlage ein. Es ist der ursprüngliche Zweck. Daraus kann man schon mal ziehen, dass zwar durch die Sprache die Art und Weise verändert werden kann, wie wir die Welt betrachten und welchen Blick wir auf soziale Verhältnisse haben, jedoch entstehen Begriffe nicht im luftleeren Raum, sondern sie müssen auch einen Bezug zur tatsächlichen Umgebung haben, damit sie überhaupt entstehen und verständlich sind. Außerdem können dadurch materielle Mauern nicht unmittelbar „wegdefiniert“ werden. Es macht also für die Menschen, die an Europas Außengrenzen ausharren müssen, keinen Unterschied, ob sie von unseren Politiker_Innen nun als „Flüchtende“ oder „Asylanten“ bezeichnet werden. Und ob nun jetzt mehr oder weniger Leute in der Gesellschaft gendergerechte Sprache benutzen, wird den Chef nicht davon abhalten, Frauen durch schlechtere Bezahlung überauszubeuten. Die Machtverhältnisse im Betrieb oder in der bürgerlichen Familie werden durch eine veränderte Sprechweise nicht fundamental angegriffen. Wenn Reaktionäre weiterhin ihre Privilegien ausnutzen wollen, wird Sprache daran

nichts ändern können.

Aber welche Rolle spielt die Sprache in unserem Kampf?

Einige Kommunist_Innen lehnen einen Kampf um Sprache ab, indem sie sagen, dass es ja eh nur zum Überbau gehört und man etwas an der Basis, an den materiellen Verhältnisse verändern muss, um zu einer besseren Gesellschaft zu kommen. Die Idee ist erstmal nicht verkehrt, denn tatsächlich reicht es nicht aus, die Sprache allein zu verändern, denn erst die Überwindung aller Unterdrückungsverhältnisse kann unterdrückerischer Sprache ein Ende bereiten. Aufgrund dessen

lehnen manche beispielsweise gendergerechte Sprache ab. Wir müssen jedoch den Kampf um eine bessere Welt und die bewusste Benutzung von Sprache zusammen denken. So kann man Sprache als Werkzeug in unserem Kampf sehen. Eine respektvolle und inklusive Sprache vermittelt, dass ansonsten diskriminierte Menschen bei uns gesehen werden, dass ihr Kampf auch unser Kampf ist. Das Benutzen von unterdrückerischer Sprache kann hingegen reaktionäre Sichtweisen wecken und Menschen abstoßen. Doch gerade die Diskriminierten und Unterdrückten brauchen wir in den Bewegungen für materielle Verbesserungen! Darüber hinaus ist es wichtig, das Kampffeld Sprache

zu erkennen und in unserem allgemeinen Klassenkampf einzubinden. Begriffe können Sichtweisen enthalten und transportieren, die einerseits inhaltlich (Terrorist_In vs. Freiheitskämpfer_In), als auch durch implizite Wertungen (Geflüchtete vs. Asylanten oder Arbeitslose_r vs. Hartz4-Empfänger_In) stark verschieden sind. So kann die Wahrnehmung von bestimmten Ereignissen und Gruppen durch sogenanntes „Framing“ verändert werden. Insbesondere die Neue Rechte nimmt dies als ein wichtiges Kampffeld wahr (z.B. durch Begriffe wie „Corona-Diktatur“). Hingegen ein positives Beispiel aus der jüngeren Zeit ist der Begriff „Klimakrise“, der vor Allem durch FFF massiv verbreitet wurde. Wenn dieser Begriff in einer Debatte oder einem Artikel auftaucht, transportiert er auf der Stelle: „Es gibt ein Problem und dieses Problem drängt!“. Die Entstehung eines solchen Begriffs ist nicht selbstverständlich: Er muss durch

Bewegungen erkämpft werden, damit er in der Gesellschaft benutzt wird und ihn auch alle so verstehen, dass er noch fortschrittlich ist. Feindliche gesellschaftliche Kräfte werden versuchen, ihrerseits konkurrierende Interpretationen oder Begriffe zu produzieren. Dadurch gibt es zwischen den Klassen und politischen Lagern einen ständigen Kampf um die Sprache, die den eigentlichen Kampf in der Gesellschaft abbildet und rückwirkend beeinflusst. Wir sollten uns also in kampfkräftigen und hörbaren gesellschaftlichen Bewegungen darum bemühen, bestimmte Begriffe zu entwerfen und zu verbreiten, um unsere Sichtweisen leichter zugänglich und intuitiver zu machen. Gerade in einer Welt, in der ein ganzes Argument in einen Tweet mit 280 Zeichen passen muss, ist es gut, wenn in einem einzigen Wort schon eine ganze Argumentation steckt.

Situation von trans Personen an Schulen

Die Schule ist ein Ort, an dem wir uns alle täglich aufhalten müssen. Für manche trans Personen ist das jedoch Tag für Tag eine Qual. Stell dir vor, du stehst vor den beiden Schultoiletten und blickst von der einen zur anderen! Auf welche sollst du gehen? Was, wenn irgendwer kommt und Fragen stellt, warum du jetzt genau diese Toilette benutzt? Ist es nicht einfacher zu warten, bis du zu Hause bist? Tausende Gedanken, dabei geht’s nur darum, wo mensch auf Toilette geht. Doch das ist nicht alles: Sportunterricht, Klassenfahrten, der Biounterricht, selbst in Musik – überall kommt die starre Einteilung in Mädchen und Jungen vor. Überall wirst du daran erinnert, dass du anders bist als die anderen. Hinzu kommen veraltetes Lehrmaterial und eben Mitschüler_Innen und Lehrpersonal. Klar gibt es viele, die einen unterstützen, sobald man sich geoutet hat. Es gibt Lehrer_Innen, die die Namen nicht verwechseln und Mitschüler_Innen, die das tun. Aber es gibt eben auch die anderen, die Witze über einen machen, mobben und einem/r

nicht glauben wollen.

Ein paar Zahlen

Generell sind trans Personen häufiger von Arbeitslosigkeit, Armut, Gewalt und Ausgrenzung betroffen. Im Alter sind z. B. bi- und homosexuelle Menschen häufiger von Armut bedroht als Heterosexuelle. So liegt bei Männern im Alter von 60 bis 90 Jahren die Armutsquote bei Bi -und Homosexuellen um sechs Prozentpunkte höher als bei heterosexuellen Männern (12 Prozent zu 6 Prozent). Als „Armutsgrenze“ gilt dabei 60 Prozent des Nettoeinkommens. Bei Frauen in dieser Altersgruppe ist ebenfalls ein Gefälle zu verzeichnen. Frauen, die sich als homo- oder bisexuell identifizieren, haben mit rund 1750 Euro durchschnittlich 10 Prozent weniger Einkommen zur Verfügung als Frauen mit heterosexueller Orientierung (rund 1950 Euro).

Die Zahlen stammen aus dem Deutschen Alterssurvey und sind nun in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen zur sozialen Lage von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans und intergeschlechtlichen Menschen in Deutschland veröffentlicht worden. (https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/gruene-kritisieren-tatenlosigkeit-des-bundes-altersarmut-unter-queeren-menschen-deutlich-groesser/27089984.html)

Und in der Schule? Positiv ist es, dass für die Änderung des Namens im Klassenbuch oder in Schulausweisen keine rechtlich verbindliche Vornamensänderung erforderlich ist. Die Berliner Senatsverwaltung empfiehlt sogar, dass man trans Personen mit dem selbstgewählten Namen ansprechen sowie die gewünschten Personalpronomen verwenden sollte. Und sonst? 2014 beteiligten sich über 5.000 Jugendliche an einer Umfrage des Deutschen Jugendinstitutes, die sich an LGBTIA+-Jugendliche zwischen 14 und 27 Jahren richtete. Knapp die Hälfte der befragten jungen Trans gab an, an Bildungs- und Arbeitsorten beschimpft, beleidigt oder lächerlich gemacht worden zu sein. Etwa 10 % wurden körperlich angegriffen oder verprügelt. Die Befragten gaben ferner an, dass nur etwa die Hälfte der Lehrer_Innen offen gezeigt habe, dass Schimpfwörter nicht geduldet werden. Die

Befragten erzählten weiter, dass etwa die Hälfte der Lehrkräfte gelacht hat, als Witze über LGBTIA+ gemacht wurden, oder sich direkt über Jugendliche, die sich nicht „typisch weiblich/männlich“ verhielten, lustig machte. (https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2015/DJI_Broschuere_Coming Out.pdf)

Was dagegen tun?

Uns aufs Leben vorzubereiten – im Kapitalismus. Deswegen werden in der Schulstruktur und im Schulalltag auch Rassismus und Sexismus mehr oder weniger bewusst reproduziert. Das macht den Kampf gegen Transphobie an der Schule nicht leicht, aber auch nicht unmöglich. Konfrontiert man Lehrer_Innen oder Mitschüler_Innen mit ihren Äußerungen, wird man selten ernst genommen. Außerdem ist es mehr als anstrengend, jeden Tag mit Menschen zu verbringen, die die eigene Identität in Frage stellen. Je mehr Ablehnung man erlebt, umso mehr stellt man auch sich selbst in Frage. Deswegen ist’s leichter, sich der Diskriminierung zu stellen, wenn man nicht alleine ist. Eine gute Möglichkeit dazu bietet die Gründung eines Schulkomitees. Im Gegensatz zur institutionellen Schüler_Innenvertretung können dort alle mitmachen, die möchten. Zudem sind wir in diesem Rahmen nicht vom autoritären Schulgesetz abhängig und können uns deswegen politisch positionieren. Im Rahmen eines solchen Komitees ist es dann auch leichter, Aktionen zu starten: zum Beispiel Plakataktionen, wo Kommentare, die man in der Schule abbekommen hat, nochmal aufgeschrieben oder Informationen über trans Identitäten sowie Unterdrückung aufgezeigt werden. Auch ist es sinnvoll, Veranstaltungen zu organisieren, bei denen man gemeinsam mit Mitschüler_Innen über aktuelle Themen diskutieren kann. Beispielsweise über die Wurzeln des Christopher Street Day oder LGBTIA+-Diskriminierung in anderen Ländern, da diese im Unterricht oftmals zu kurz kommen oder erst gar nicht thematisiert werden. Ebenso kann man in so einem Rahmen auch für konkrete Verbesserungen wie geschlechtsneutrale Toiletten und Umkleiden, eine Antidiskriminierungsmeldestelle oder die Mitbestimmung über die Rahmenlehrpläne eintreten. Gibt’s Stress oder geht es darum, sich gegen diskriminierende Lehrer_Innen oder Schulstrukturen zu wehren, ist es auch besser, gemeinsam aktiv zu sein: Ob offene Briefe an

Schüler_Innenvertretung oder Öffentlichkeit, gemeinsame Protestkundgebungen oder gar Vollversammlungen zu dem Thema – zusammen organisiert’s sich leichter.

Das Problem an der Wurzel packen

rotzdem muss uns klar sein, dass Transphobie keine Frage der Bildung ist. Man kann sie nicht wegerziehen. Es gibt nämlich auch Teile der Gesellschaft, die aktiv von dieser Spaltung profitieren. Um Transphobie also in die Geschichtsbücher zu verbannen, müssen wir sie an der Wurzel packen: dem Kapitalismus. Der Ursprung der Diskriminierung von LGBTIA+ liegt nämlich in der geschlechtlichen Arbeitsteilung der bürgerlichen Familie. Diese Familienkonstellation besteht aus einem Mann, der arbeiten geht und die Familie ernährt, und eben aus einer Frau, die den Haushalt schmeißt und die Kinder erzieht. Bestenfalls kann diese dann Teilzeit arbeiten und etwas dazu verdienen. Klar, das erscheint jetzt erstmal nur als Klischee, es wird jedoch durch konservative Politiker_Innen, religiöse Institutionen, Medien oder Werbung tagtäglich reproduziert.

Dies geschieht nicht rein zufällig, sondern ist einfach eine Ideologie und Praxis, die für den Kapitalismus besonders profitabel ist. So werden durch das Idealbild der Familie die Erbschaftsverhältnisse der Herrschenden geregelt, während die überwältigende Reproduktionsarbeit der Arbeiter_Innenklasse unentgeltlich im Privaten stattfindet. Menschen, die nun nicht in dieses cis- und heteronormative Gesellschaftsbild hineinpassen, sind der bürgerlichen Gesellschaft natürlich ein Dorn im Auge, denn mit ihrer bloßen Existenz stellen sie eine Gesellschaftsordnung in Frage, in der es „natürlich“ scheint, dass Männer In Fabrik oder Büro arbeiten und Frauen die Hausarbeit verrichten.

Also warten wir auf das Ende der Diskriminierung?

Natürlich nicht. Wir müssen im Hier und Jetzt für konkrete Verbesserungen kämpfen und diese mit dem Kampf gegen das ausbeuterische System

verbinden. In den letzten Jahren konnten schon einige Errungenschaften erkämpft werden, auch ist die gesellschaftliche Akzeptanz von trans und inter Personen in den letzten Jahren leicht gestiegen. Allerdings ist diese Entwicklung mit Vorsicht zu genießen. Zum einen sind noch längst nicht alle Rechte erstritten worden, zum anderen ist auch ein Rollback in Bezug auf Geschlechterrollen zu beobachten. Der politische Rechtsruck, der international verbreitet ist und in Deutschland seinen Ausdruck im Erstarken der AfD findet, stellt eine große Gefahr für die Errungenschaften der LGBTIA+-Bewegung dar. Wir wollen gemeinsam für eine Gesellschaft eintreten, in der alle Menschen ungeachtet ihres biologischen oder gesellschaftlichen Geschlechts gleichberechtigt und gefahrenfrei leben können.

Daher fordern wir:

- Kampf der Diskriminierung an Schule, Uni und im Betrieb! Aufhebung aller diskriminierenden Gesetze gegen trans Personen und LGBTIA+: Für breite Aufklärungskampagnen und Selbstverteidigungskomitees der Unterdrückten in Verbindung mit der Arbeiter_Innenbewegung!
- Für das Recht auf gesonderte Treffen in den Organisationen der Arbeiter_Innenbewegung, um den Kampf für Gleichberechtigung voranzutreiben und gegen diskriminierendes und chauvinistisches Verhalten vorzugehen!
- Das Recht auf Selbstidentifizierung der Geschlechtsidentität, soweit es den Staat betrifft (auf Rechtsdokumenten, bei Zugang zu Gesundheitsversorgung und Versicherungsleistungen usw.)!
- Recht auf Nutzung der sanitären Einrichtungen, die dem angegebenen Geschlecht der Trans Persone entsprechen, sowie der Einrichtung von geschlechtsneutralen sanitären Einrichtungen und Umkleiden!
- Kostenlose gesundheitliche Beratung und operative, geschlechtsangleichende Behandlung, wenn dies von der betroffenen Person gewünscht wird, auch für Jugendliche! Für das Selbstbestimmungsrecht über den eigenen Körper!

Quellen:
https://www.lgbtmap.org/file/Advancing%20Acceptance%20Infographic%20FINAL.pdf

---

Vater, Mutter, Kind – Bürgerliche Familie

Von Janeck Peschel

Kennst du das? Mama macht die Wäsche, kocht, hält die Wohnung sauber und stemmt nebenbei noch ihre berufliche Karriere. Deine Eltern sagen dir mit 14 du sollst 16 werden, damit sie es dir erlauben, wenn du 16 bist, 18 und wenn du 18 bist, sobald du deine Füße nicht mehr unter ihrem Tisch hast. Ebenso wie Sätze, wie: „bist du nicht langsam in dem Alter, wo du eine Familie gründen solltest?“ oder „Du bist bisexuell? Ich verstehe das voll, in deinem Alter will man sich auch mal ausprobieren“. Das alles ist bürgerliche Familie, das alles ist das patriarchalische Familienbild, in welchem eine klare Rollenverteilung herrscht und mit ihrer Ideologie unser Leben prägt. Familie bedeutet in diesem System nicht nur Fürsorge, Verbindlichkeit und Solidarität, sondern auch Zwang und Unterdrückung. In diesem Artikel werde ich mich der Jugend- sowie Frauenunterdrückung annehmen und klären, woher diese kommt und wie sie sich äußert.

Frauenunterdrückung in der bürgerlichen Familie

Ich werde im Folgenden

über die Rollenverteilung zwischen Mann und Frau sprechen, wozu eine Sache noch angemerkt ist: In welche Rolle wir gedrängt werden, hängt letzten Endes von unserer Sozialisation ab, also wie wir erzogen werden, und was wir tagtäglich um uns herum erleben. Diese muss nicht mit dem biologischen und erst recht nicht mit dem empfundenen Geschlecht zusammenfallen. Dennoch existiert diese binäre gesellschaftliche Zuschreibung und um dessen Wirkung beschreiben zu können, verwende ich dennoch die Begriffe Frau und Mann.

Frauen- und
Jugendunterdrückung sind ein strukturelles Problem in der kapitalistischen Gesellschaft. Betrachten wir dazu einmal das Problem mit der Hausarbeit, welche den Frauen in der bürgerlichen Familie angehangen wird. Ein Mann, der weiß, wie man eine Waschmaschine bedient oder in Elternzeit geht, ist auch in der heutigen BRD eher noch ein Randphänomen als Standardpartner. Denn diese Unterdrückung beschränkte sich keinesfalls auf vergangene Zeiten, wie die 50er und 60er, in denen es der Ehefrau nicht einmal erlaubt war, ohne die Zustimmung des Ehemanns arbeiten zu gehen, geschweige denn ein eigenes Konto zu besitzen. Sie ist trotz gewisser feministischer Errungenschaften nach wie vor Teil dieser Gesellschaft, fußend auf kapitalistischer Wirtschaftsweise und der sich daraus ergebenden Ideologie. Frauen sind nunmehr durch Beruf und Hausarbeit doppelt belastet, wobei ihnen oftmals selbst in aufgeklärten Haushalten nur spärlich Arbeit abgenommen wird, indem z.B. der Gender Pay Gap dafür sorgt, dass es finanziell mehr Sinn ergibt, dass die Frau den Großteil der Hausarbeit übernimmt.

Sowohl die Monogamie als
auch die Norm der heterosexuellen Beziehung beruht auf derselben Grundlage der Arbeitsteilung. Auch wenn (zumindest in der BRD) „Zuwiderhandlungen“ nicht bestraft werden, läuft das bürgerliche Gesetz auf die bürgerliche Kleinfamilie hinaus und begünstigt sie deutlich über alternative Lebensformen, beispielsweise beim Sorgerecht. Indem auch auf ideologischer Ebene die „klassischen

Familie“ als gesellschaftliche Norm festgelegt wird, werden jegliche Abweichungen im besten Fall unsichtbar gemacht, im schlimmsten Fall von Konservativen bis Rechten angegriffen.

Stellt sich nun also die große Frage nach dem „Warum“? Wozu dient die Frauenunterdrückung im Kapitalismus? Was ist ihr tieferer Sinn? Um zu klären, warum sich ausgerechnet die Unterdrückung der Frau durch den Mann ergibt, empfehle ich das Werk „Ursprung der Familie, des Staats und des Privateigentums zu lesen“ von Friedrich Engels. In diesem Werk wird der Ursprung von Sexismus genauer beleuchtet, wofür in diesem Artikel kein Platz bleibt. Dafür möchte ich aber darauf eingehen, wie der Kapitalismus und seine Ausbeutungsform der Lohnarbeit seinen Nutzen aus Sexismus, zieht. Modellhaft ist das leicht erklärt: Der Mann muss seine Arbeitskraft an die Kapitalist_Innen verkaufen und um die Kraft dafür zu haben, sprich um sich reproduzieren (seine Kraft wiederherstellen) zu können, braucht es die Frau, welche kostenlos die Hausarbeit übernimmt und die Kinder umsorgt. Der Kapitalismus braucht diese klare aufgabenbezogene Rollenverteilung, um einerseits den Nachwuchs neuer Arbeitskräfte und andererseits die Reproduktion und somit die Wiederverwertbarkeit der Arbeitskraft zu garantieren, ohne dass dabei die Hausarbeit ebenfalls entlohnt wird, also ohne selbst Profitverluste dadurch machen zu müssen. Diese Rollenverteilung ist heutzutage keinesfalls gelöst, da sie sich jeher ideologisch fortpflanzt und ihren Nutzen findet.

Jugendunterdrückung

Ebenso wird die Jugend in dem bürgerlichen Familienbild stark benachteiligt. Finanzielle Abhängigkeit von den Eltern und rechtliche Bevormundung sind hier die Hauptproblempunkte. Als Jugendliche_r kann man sich meist bereits eine Meinung bilden und eigene Ziele im Leben setzen, ist aber an die Eltern gebunden. Wohnort, Kleidungsstil und generelle Lebensplanung sind in vielen Fällen vom elterlichen Reichtum abhängig. Die dazu kommende rechtliche Benachteiligung, wie das Verbot, Verträge unter

18 Jahren abschließen zu können, verschafft den Eltern gegenüber ihren Kindern ein starkes Machtverhältnis, was nicht allzu selten in Manipulation endet.

Dass Jugendlichen nicht alle Rechte zustehen, weil sie noch nicht arbeiten, wird zwar oft als Argument angeführt, ist aber etwas zu kurz gedacht: Einerseits werden Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt ebenfalls diskriminiert und nicht vollwertig für ihre Tätigkeiten bezahlt (es gilt in der Ausbildung oder unter 18 kein Mindestlohn). Anderseits sollte die eigene Persönlichkeitsentwicklung nicht von der eigenen Arbeitskraft und dem finanziellen Stand abhängen. Aber genau dieses Bild einer Gesellschaft, welches auf Leistungsdruck aufbaut, führt zu einer Herabwürdigung derer, welche noch nicht in den Arbeitsprozess eingebunden sind, als nutzlose und unselbständige. Vielmehr sollte das Ideal der Solidarität und größtmöglichen Entfaltung aller gelten!

Was ist der Sinn der bürgerlichen Familie und was sind ihre Auswüchse?

Der Sinn ist also die Reproduktion von Arbeitskraft und Erziehung von neuen Arbeitskräften ins Private zu verlagern, damit das Kapital Kosten sparen kann. Weiterhin werden Jugendliche und Kinder in so einem Familiensystem schon früh zu Gehorsam und Unterordnung erzogen, was sie später ihrer/m Kapitalist_In zeigen sollen. Außerdem dient die bürgerliche Familie in der herrschenden Klasse immer noch dem, was die monogame Familie seit ihrer Entstehung in jeder Klassengesellschaft leisten sollte: der Vererbung von Privateigentum innerhalb genetischer Abstammungslinien, also dem Erhalt der herrschenden Klasse als Besitzende.

Somit schafft es die bürgerliche Familie ein klares Rollenbild zu vermitteln und dem Mann eine höhere Stellung zu verleihen, gemäß dem patriarchalen Aufbau

dieses Familiensystems. Alles zu dem Zweck, eine geordnete Arbeitsteilung im Rahmen der Familie zu haben, damit der Fortbestand des Systems und der kapitalistischen Ausbeutung auch durch die Familie geschützt wird. Die Bevorteilung des Mannes, welche sich vor allem finanziell stützt, setzt ihn als Familienoberhaupt ein, sodass dieser tonangebend gegenüber Frau und Kindern wird. Nicht selten mündet dieses strukturelle hervorgebrachte Privilegium auch in häuslicher Gewalt, worunter Frauen und Jugendliche jahrelang leiden und tiefe psychische Verletzungen davontragen können. Gerade durch den Lockdown hat diese nochmal erheblich zugenommen, da die Familie nunmehr den einzigen Rückzugsort ohne Einschränkungen darstellt. Dabei stellt der Lockdown aber nicht die Hauptursache dar, sondern verschärft, was im System bereits grundlegend vorzufinden ist.

Was können wir dagegen tun?

Kurzum, die bürgerliche Familie ist patriarchal, diskriminierend gegenüber Frauen, Jugendliche und den LGBTIAQ*-Menschen; sie ist aber auch überwindbar. Ein Lösungsansatz für die Enthebung des Patriarchats ist unter anderem die Vergesellschaftung der Hausarbeit, sodass dieses Problem der Reproduktion ein gesellschaftliches wird, welches nicht durch den einzelnen Hausstand geregelt werden muss. Hierbei muss es mehr Möglichkeiten im öffentlichen Raum geben, um anderen Menschen bei ihren alltäglichen Arbeiten zu helfen, wie kostenlose Kitas, Mensen und Wäschereien. Am Rande bemerkt ist dies sogar ressourcensparender, da nicht jeder Haushalt für sich alleine zig Geräte hat, die die meiste Zeit nicht genutzt werden. Ein weiterer wichtiger Punkt ist es, Akzeptanz gegenüber alternativen Beziehungsformen zu erreichen, sowie den Betroffenen von häuslicher Gewalt mehr Schutz und Gehör zu verleihen. Außerdem sollten gemeinschaftliche Selbstverteidigungskomitees gegen Gewalt und Übergriffe gegen Frauen und LGBTIAQ* aufgebaut werden. Zur Beendigung der finanziellen Abhängigkeit müssen wir einerseits

gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit durchzusetzen und andererseits Jugendlichen mit einem garantierten Mindesteinkommen und gute Alternativen zu ihrem Elternhaus ihre Freiheit und Selbstbestimmung zurückgeben.

Die
bürgerliche Familie ist weder ewig noch alternativlos, sondern entsteht aus der konkreten kapitalistischen Gesellschaft. Daher lässt sich das Patriarchat sehr wohl lösen, indem der Kapitalismus zusammen mit dem Privateigentum fällt und eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel uns den Weg in den Sozialismus ebnet, der unsere Klasse, die Arbeiter_Innenklasse, von dem Joch der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreit. Nur durch die Aufhebung wirtschaftlicher Ungleichheit lässt sich eine Gleichheit der Menschen aus emanzipatorischer Sicht erreichen. Wenn wir die private Kontrolle über die Produktion aufheben, und gemeinschaftlich als Arbeiter_Innen bestimmen, was die Gesellschaft braucht und was produziert werden muss, wird es auch möglich sein die Reproduktion der Arbeitskraft aller gemeinschaftlich und frei von privater Überbelastung zu organisieren (=Vergesellschaftung der Hausarbeit). Dafür wird, auch die private Vererbung und die private Erziehung aufgelöst, und zu einer Aufgabe der Gemeinschaft gemacht werden. So, dass keine Frau, kein Jugendliche/r, keine LGBTIAQ* Person mehr Unterdrückung erleiden muss. Lasst uns gemeinsam das Patriarchat zerschlagen!

Queer-Unterdrückung in

Pakistan

Hina Tariq & Minerwa Tahir, Fight! Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 9, März 2021

Auf dem Aurat-Marsch (1) 2020 hissten queere (2) Genossinnen und Genossen die Regenbogenflagge. Während wir als Sozialist_Innen stolz auf diesen Akt des Widerstands gegen sexuelle und Gender-Unterdrückung sind, waren einige feministische Führer_Innen anderer Meinung. In der Folge mussten sich queere Aktivist_Innen mit dem Vorwurf auseinandersetzen, dass es „unfair und dominierend von queeren Menschen sei, die Aurat Marsch-Bewegung auf diese Weise zu kapern". In diesem Artikel werden wir argumentieren, warum Pakistans Queers ein integraler Bestandteil der sozialen Bewegungen des Landes sein müssen. Insbesondere die Queer- und die Frauenbewegung teilen gemeinsame Interessen. Indem wir sie hervorheben, wollen wir zeigen, wie queere Forderungen zu einem dynamischen Hebel bei der Entwicklung einer sozialistischen und Arbeiter_Innenklasse-Politik werden können.

Queer-Aktivist_Innen sehen seit langem, wie sich das Schweigen, das sie in der Gesellschaft erfahren, in Pakistans linken und feministischen Kreisen reproduziert. Während die meisten linken Parteien und Organisationen sich einfach nicht darum scheren, ist die Stimmung, insbesondere in den etablierteren und damit einflussreichen feministischen Kreisen: „Frauenrechte zuerst". In der Zwischenzeit sind viele der Organisator_Innen des Aurat-Marsches, so werden wir argumentieren, nur gegenüber Teilen der queeren Gemeinde einladend. Nur eine kleinere und weniger einflussreiche Gruppe von radikalen Feminist_Innen und Sozialist_Innen wie wir will, dass alle queeren Menschen ein integraler Bestandteil des Kampfes gegen das Patriarchat sind. Solche ausgrenzenden Praktiken der derzeitigen Mehrheit der pakistanischen feministischen Bewegung beginnen, unseren Bewegungen zu schaden. Dieses Jahr haben sich queere Kollektive wie das Non-Binary Collective (Nicht-Binäres Kollektiv) aus den

Organisationsgremien des Aurat-Marsches zurückgezogen.

Nach unserem Verständnis sind obengenannte politischen Konzepte mehr als ausgrenzend. Sie folgen einer Logik, die von den klassenbezogenen Strategien der Bewegung geprägt ist. Obwohl der Aurat-Marsch bisweilen eine radikale Terminologie verwendet, würden wir seine vorherrschende Politik zum jetzigen Zeitpunkt jedoch als bürgerlichen Feminismus charakterisieren. Es ist richtig, dass die pakistanische Frauenbewegung mit dem neuen Jahrhundert eine neue Wendung genommen hat. Im Mittelpunkt der heutigen Proteste stehen die individuellen Erfahrungen und Rechte der Frauen. Auch wenn der Aurat-Marsch jedes Jahr einen Forderungskatalog herausgibt, ist der klassische Kampf für eine bestimmte Gesetzgebung nicht mehr so präsent wie früher.

Eine Bewegung mit einem Mittelklassen-Standpunkt

Ohne die wohlwollende Aufmerksamkeit schmälern zu wollen, die der Aurat-Marsch auf die verabscheuungswürdige Frauenunterdrückung in Pakistan gelenkt hat, sei gesagt, dass es sich dabei in der Regel um die spezifischen Erfahrungen von Frauen aus den Mittelschichten und der Bourgeoisie handelt. Als Reaktion auf radikalere Stimmen innerhalb der Bewegung haben einige Führer_Innen für eine „klassenübergreifende Bewegung“ plädiert, die „alle Frauen“ repräsentiert. Das praktische Ergebnis bliebe jedoch dasselbe, da eine solche Konzeption notwendigerweise die Zurückstellung der spezifischen Interessen der Bäuerinnen, der Unterschicht und der Arbeiterinnen und damit der Interessen der Mehrheit der sozial Unterdrückten bedeuten würde. Dies hat wichtige Implikationen für die Perspektive sowohl der Frauen- als auch der Queer-Bewegung.

Wenn sich unsere Bewegungen nicht mit der ausbeuterischen Arbeitsteilung des Kapitalismus befassen und sie tatsächlich in den Mittelpunkt stellen, die sowohl in der Industrie und der

Landwirtschaft (produktive Sphäre) als auch in unseren Familien (reproduktive Sphäre) zum Ausdruck kommt, werden sie die pakistanische Gesellschaft nicht radikal verändern können. Die Befreiung bleibt also auf den Bereich der formalen Rechte beschränkt, sei es durch eine Änderung des gesunden Menschenverstands oder der Gesetze.

Dies wiederum erklärt den Alibicharakter des Aurat-Marsches in Karatschi gegenüber Khwaja Sira (Trans-Frauen). Diejenigen, denen eine Bühne gegeben wird, wären oft Trans-Frauen, die sich mit Hilfe von Nichtregierungsorganisationen in glamouröse, liberale Berühmtheiten verwandelt haben. Dieser Ansatz stellt die Frage jedoch vom Kopf auf die Füße. Natürlich sollten queere Menschen das gleiche Recht haben, Prominente und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu werden, aber das Problem der queeren Gemeinschaften Pakistans, insbesondere der Khwaja Sira, besteht darin, dass sie gezwungen sind, unter den prekärsten Bedingungen zu leben und zu arbeiten. Die Lösung ihrer Probleme liegt nicht darin, dass einige wenige von ihnen Teil der Elite werden, sondern darin, ein patriarchalisches Klassensystem herauszufordern, das sie in die Prostitution, die Aufführung von Tänzen oder zum Betteln zwingt.

Außerdem zählte diese Inklusion nur für einige queere Menschen. Wie die Cis-Het-Organisator_Innen des Aurat-Marschs 2019 sagten: „Unsere Mitgliedschaft ist nur für Trans-Frauen offen“. Interne Widerstände radikaler Aktivist_Innen führten dazu, dass sie ihre Haltung aufweichten, aber nur geringfügig. Während man sich darauf einigte, dass der Marsch die Unterdrückung von „sexuellen und geschlechtlichen Minderheiten“ thematisieren würde, hieß es, dass nur binäre Trans-Frauen und geschlechtsinkonforme Menschen Organisator_Innen des Aurat-Marsches werden könnten. Schwule und Trans-Männer wurden ausgeschlossen, da behauptet wurde, dass „schwule Männer auch Frauenfeindlichkeit verinnerlicht haben“.

Bevor wir erörtern, was unserer Meinung nach ein sinnvoller Kampf sein könnte, der sich in die Kämpfe und Forderungen der queeren

Menschen integriert, lasst uns einen Blick auf die bestehende Situation der queeren Gemeinschaft in Pakistan werfen.

Vielschichtige Natur der Unterdrückung: Familie, Gesetz und staatliche Strukturen

Die Frauenbewegung in einem halbkolonialen Land wie Pakistan wird eindeutig von globalen Entwicklungen wie den weltweiten Frauenstreiks beeinflusst. Gleichzeitig hat sie aber auch ihre eigenen spezifischen Merkmale und Herausforderungen zu bewältigen, die sich aus den besonderen objektiven Bedingungen der pakistanischen Gesellschaft ergeben. Die Existenz der Khwaja Sirai als soziales und kulturelles Phänomen in der südasiatischen Gesellschaft – aus Gründen, auf die wir in diesem Artikel nicht näher eingehen können – ermöglicht ihre Sichtbarkeit und eine gewisse Akzeptanz für ihre wahrnehmbare Existenz in Pakistan. Für bestimmte Theoretiker_Innen mit postkolonialen Neigungen führt dies zu einer Romantisierung der scheinbar fortschrittlichen südasiatischen Gesellschaft im Vergleich zu den oft offen transphoben „westlichen“ Gesellschaften. Die objektiven Bedingungen in Ländern wie Pakistan zeigen jedoch ein anderes Bild. Für die meisten queeren und Transgender-Menschen ist finanzielle Unabhängigkeit nach wie vor das größte soziale Problem für das Funktionieren ihres Lebens. Aber die Schwere dieses Problems ist im Fall von binären Trans-Menschen noch viel gravierender. Ihre Geschlechtsidentität entspricht nicht dem biologischen Geschlecht, das ihnen bei der Geburt zugeschrieben wurde, was bedeutet, dass sie durch ihr Geschlechtsverhalten und sexuellen Ausdruck sehr sichtbar sind. Der Preis für diese Sichtbarkeit wird zuerst im Elternhaus bezahlt. Familien von Trans-Personen werfen sie aus dem Haus und entziehen ihnen ihren Anteil am Erbe. Dies ist eine weit verbreitete soziale Realität für die große Mehrheit der Trans-Menschen. In diesem Sinne wird die spezifische Natur der Sexualität von Trans-Menschen von der Institution Familie gegen sie verwendet. Diese

spezifische Natur nimmt ihnen auch die Möglichkeit, ein geheimes Doppelleben zu führen wie binäre Schwule oder Lesben. Infolgedessen bleiben den Khwaja Sira drei Berufe zur Auswahl: Sexarbeit, Tanzen auf Partys und Betteln.

Während das weithin gefeierte Transgender-Schutzgesetz eine dritte Geschlechtskategorie in allen offiziellen Dokumenten vorsieht, zeigt die Frage der Erbschaft, wie Transgender-Frauen gezwungen werden, sich als Männer eintragen zu lassen. Das liegt daran, dass nach dem Scharia-Gesetz Männer zwei Anteile am Erbe bekommen, Frauen nur einen. Aufgrund dieser patriarchalen Diskriminierung würden sich die meisten Transgender-Frauen in ihren Ausweisdokumenten als Männer eintragen lassen, in der Hoffnung, dass sie in der grausamen Anarchie des Kapitalismus einen größeren Anteil am Erbe erhalten würden.

Transgender-Schutzgesetz: eine progressive bürgerliche Reform?

Das 2018 von der pakistanischen Nationalversammlung verabschiedete Transgender-Schutzgesetz (3) bietet auf dem Papier eine Reihe von Schutzmaßnahmen für Transgender-Menschen, darunter das Recht auf Selbstidentifikation. Es wird sowohl von Liberalen und Nichtregierungsorganisationen (4) (5) als auch von bürgerlichen Medien (6) (7) als fortschrittliche Maßnahme angepriesen. Während wir die Verabschiedung eines Gesetzes begrüßen, das Menschen das Recht auf Selbstidentifikation zugesteht, bleibt das Gesetz weitgehend ein Fortschritt nur auf dem Papier. Erst letztes Jahr wurde eine Transgender-Überlebende einer Vergewaltigung, Julie, acht Tage lang mit männlichen Insassen im Gefängnis eingesperrt. (8)

Außerdem wird die Verabschiedung dieses Gesetzes als eine bürgerliche Reform dargestellt, die von einem Teil der herrschenden Klasse Pakistans aus der Güte ihres „fortschrittlichen“ Herzens gewährt wird. Doch wie jeder anderen Reform geht auch dieser Gesetzgebung eine Geschichte des Widerstands voraus. Sie folgt auf

das Urteil des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2012, das pakistanischen Transgender-Personen zwar die Anerkennung als Bürger_Innen eines dritten Geschlechts gewährte, aber auch empfahl, Tests durchzuführen, um festzustellen, ob „Eunuchen“ – wie das Urteil sie gerne nannte – tatsächlich „Eunuchen“ waren. Diese Empfehlung führte zu Protesten von Trans-Menschen, die argumentierten, dass Männern und Frauen die Identität auf der Grundlage ihres Wortes zugestanden wird. Warum also müssen sich Trans-Menschen entsetzlichen Prozeduren solch invasiver Tests unterziehen? (9)

Darüber hinaus gewährt das Transgender-Personen-Gesetz 2018 Trans-Männern und -Frauen aller Religionen die gleichen Erbrechte, die cis-geschlechtlichen Männern und Frauen nach islamischem Recht zustehen (der Anteil der Frau beträgt die Hälfte des Anteils ihrer männlichen Geschwister am Erbe). (10)

In ähnlicher Weise darf es laut dem Gesetz keine Diskriminierung von Transgender-Personen bei der Zulassung zu öffentlichen oder privaten Bildungseinrichtungen geben, „vorbehaltlich der Erfüllung der vorgeschriebenen Anforderungen“. Wie Semra Islam jedoch veranschaulicht, berücksichtigen die vorgeschriebenen Anforderungen nicht, dass die gelebten Erfahrungen von Trans-Personen diese Anforderungen nicht erfüllen können, da sie oft aus ihren Familienhäusern geflohen sind, unter anderem aufgrund der Auferlegung von normativen männlichen Rollen. (11) Dies wird auch durch Shahnaz Khans Forschung unterstützt:

Viele brechen die Schule ab und laufen von zu Hause weg, um eine einladendere Umgebung unter der Leitung eines Gurus zu finden, der sie ermutigt, zu singen, zu tanzen und Formen der Lust auszudrücken, die zu Hause und in der Schule verboten sind. (12)

Islam weist auch auf die transphobe gelegentliche Verwendung des männlichen Pronomens „er“ für alle Transgender-Personen als eine „eklatante ‚Inkonsistenz’ im Gesetz“ (13) hin. Die

Verwendung des Begriffs „Eunuchen“ zeigt auch, wie sich die juristischen Eliten an die diskriminierende koloniale Ausdrucksweise angepasst haben. Kurzum, entgegen der Darstellung in den bürgerlichen Medien ist das Gesetz in einem begrenzten Sinne fortschrittlich, und das auch nur auf dem Papier. Das Fehlen von Strafmaßnahmen (14), die für alles, was das Gesetz kriminalisiert, skizziert werden, reduziert es auf einen progressiven Alibicharakter, dessen Anwendungsbereich nur in der Theorie besteht.

Der Fluch von Abschnitt 377 und Hudood-Gesetzen für die sexuell Unterdrückten

Eine weitere wichtige Überlegung, die berücksichtigt werden muss, ist das Vorhandensein von Gesetzen wie Section 377 und der Hudood Verordnungen (4 Verordnungen zur Islamisierung des Strafrechts in Pakistan, die der Diktator Zia ul-Haq 1979 erließ), die Teil des komplexen Rechtssystems in Pakistan sind, in dem zwei parallele Systeme gleichzeitig gelten. Es gibt Gesetze, die auf der Verfassung beruhen, und solche, die sich aus einer bestimmten (hanafitischen; eine der 4 Rechtsschulen des sunnitischen Islams) Lesart der Scharia, also der islamischen Rechtsprechung, ableiten. Wie Khan darlegt, gewähren diese Gesetze Männern und Frauen unterschiedliche Rechte in Bezug auf Heirat und Erbschaft. (15) Auf diese Weise lassen andere diskriminierende Gesetze und soziale Strukturen trotz scheinbar antidiskriminierender und trans-anerkennender Gesetze oft wenig Raum für Trans-Frauen, sich in Personaldokumenten tatsächlich als Frauen auszuweisen. Denn wenn sie das täten, würde dies bedeuten, dass sie auf die Hälfte des Anteils am Erbe verzichten müssten, den sie erhalten würden, wenn sie sich als Männer auswiesen.

Dies verdeutlicht das objektive Interesse von Trans-Frauen und Cis-het-Frauen, einen kollektiven Kampf gegen eine solche Gesetzgebung unter der Führung eines Programms der Arbeiter_Innenklasse zu führen. Warum bestehen wir auf der

Notwendigkeit eines Programms der Arbeiter_Innenklasse?

Wir erkennen zwar an, dass Trans-Menschen aus allen Klassen unter schwerer und systematischer Unterdrückung leiden, aber ihre unterschiedlichen Klasseninteressen verleihen ihr auch einen anderen Ausdruck und prägen das politische Programm und die Forderungen, die sie vertreten und priorisieren. Für Trans-Frauen (und -Männer) aus der Arbeiter_Innenklasse, binäre lesbische Frauen oder schwule Männer und nicht-binäre Menschen ist die Unterdrückung selbst an ihre Klassenposition gebunden. Das bedeutet nicht nur, dass sie dieselben objektiven Interessen mit allen Teilen der Arbeiter_Innenklasse teilen, sondern auch, dass ihre Befreiung eng mit der Bewältigung der sozialen Benachteiligung, der Armut und des Elends verbunden ist, mit denen sie als Trans-Menschen mit einem Arbeiter_Innenhintergrund konfrontiert sind.

Die Situation für unterdrückte Menschen aus einem kleinbürgerlichen oder Mittelschichts-Hintergrund (um nicht von der herrschenden Klasse zu sprechen) stellt insofern anders dar, als sie auch an die sozialen Privilegien gebunden sind, die mit ihrer Klassenposition einhergehen. Daher neigen sie dazu, sich auf den Kampf um gleiche Rechte zu konzentrieren oder ihn sogar zu begrenzen, und vernachlässigen dabei die große Masse der Trans-Menschen. Während wir möglichst viele Unterdrückte aus der Arbeiter_Innenklasse, der Bauern-/Bäuerinnenschaft, aber auch aus dem städtischen Kleinbürger_Innentum und den Mittelschichten vereinen wollen, bleibt die Frage, welche soziale Klasse eine solche Bewegung anführt.

Aus unserer Sicht ist ein Programm der Arbeiter_Innenklasse der Schlüssel, wenn wir konsequent für die Befreiung aller Unterdrückten kämpfen wollen, denn nur ein solches Programm kann den Kampf mit seinen gesellschaftlichen Wurzeln, der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Kapitalismus und der damit einhergehenden patriarchalischen Familieninstitution und -gesetze, verbinden.

Wie wir in den folgenden Abschnitten zeigen werden, weist die diskriminierende Gesetzgebung auf die Notwendigkeit eines kollektiven Kampfes zusammen mit allen queeren Menschen hin, einschließlich der binären schwulen und lesbischen sowie der nicht-binären Menschen.

Während es für Transgender-Personen einen gewissen Schutz gibt, wenn auch nur auf dem Papier, gibt es in Pakistan keine Bürger_Innenrechtsgesetze zum Schutz von Schwulen und Lesben vor Diskriminierung. (16) Homosexuelle Handlungen sind nach Gesetzen aus der Kolonialzeit wie Abschnitt 377 illegal. Ebenso können eine heterosexuelle Frau und ein heterosexueller Mann, die nicht miteinander verheiratet sind, nach Abschnitt 496B des pakistanischen Strafgesetzbuchs ins Gefängnis gehen und mit einer Geldstrafe belegt werden, wenn sie einvernehmlichen Sex miteinander haben. (17) Wie Rechtsexpert_Innen wie Rafia Zakaria betonten:

„Die Unterlagen über Frauen, die unter dem Vorwurf der Unzucht oder des Ehebruchs nach den Hudood-Verordnungen inhaftiert wurden, zeigen, dass es die armen Frauen Pakistans sind, die am häufigsten Opfer der unkontrollierten Macht des Staates bei der Gesetzgebung zur Moral im Namen des Islam werden. Daher mögen die versprochenen Änderungen der Rechtsprechung im Rahmen des [Frauenschutz-]Gesetzes zwar ein linderndes Pflaster auf eine eiternde Wunde legen, aber sie gehen an der Realität vorbei, dass eine arme Frau, die sich dazu entschließt, eine Vergewaltigungsklage einzureichen, immer noch mit unglaublichen Herausforderungen konfrontiert ist, die von diesem politisch inspirierten Stück Gesetzgebung grob ignoriert werden.“ (18)

In ähnlicher Weise haben schwule Männer und Khwaja Sira aus der Arbeiter_Innenklasse nur zwei Möglichkeiten, wenn sie Angst vor einer HIV/AIDS-Exposition haben: in ein öffentliches Krankenhaus zu gehen, um innerhalb von 72 Stunden nach der Exposition Zugang zu PEP (Postexpositionsprophylaxe) zu erhalten oder zu riskieren, HIV/AIDS zu bekommen, indem sie nichts dagegen unternehmen. An dieser Stelle kommen Abschnitt 377 und die Heuchelei des pakistanischen Staates ins

Spiel. Einerseits wird PEP aufgrund internationaler Abkommen und der finanziellen Unterstützung des pakistanischen Staates von der Regierung in öffentlichen Krankenhäusern angeboten, in denen es Abteilungen gibt – separate Räume für Khwaja Sira, Schwule und Lesben. Auf der anderen Seite wird Abschnitt 377 gegen diese Menschen eingesetzt, weil sie „unnatürlichen Sex“ haben, und es gab sogar schon Fälle, in denen Ärzt_Innen diese Menschen wegen dieses „Verbrechens“ bei der Polizei angezeigt haben. Die Ärzt_Innen in solchen Einrichtungen verfügen über immense Macht über diese verletzlichen Patient_Innen, weil PEP nur nach dem Sammeln nicht nur persönlich identifizierbarer Informationen, sondern auch übermäßig eindringlicher Details wie dem Geschlecht der Person, mit der man Sex hatte, bereitgestellt wird.

Währenddessen müssen Schwule aus reichen, gehobenen und bürgerlichen Verhältnissen nicht mit all diesen Hürden kämpfen, wenn sie die „richtigen Kontakte“ haben. Natürlich gibt es auch in der queeren Gemeinschaft verschiedene Klassen, deren objektive Interessen im Kapitalismus unvereinbar sind. Kleinbürgerliche queere Menschen hatten ebenso wie die entsprechenden Cis-het-Menschen ein Problem damit, die Erkennungsfahne beim Aurat-Marsch zu hissen. Ihrer Meinung nach ist eine solche Sichtbarkeit „nicht“ das, was wir brauchen, weil sie uns angreifbarer macht. Auf der anderen Seite sind kleinbürgerliche Queers, die Nichtregierungsorganisationen leiten, ins Ausland reisen und Zuschüsse von der EU bekommen, bereits sichtbar und als schwul geoutet. Ihre sexuelle Identität ist bereits offengelegt, weil sie nicht denselben Gefahren ausgesetzt sind wie ein schwuler Mann aus der Arbeiter_Innenklasse aufgrund des Privilegs ihrer sozialen Klasse. Queere Menschen aus der Arbeiter_Innenklasse fragen ihre kleinbürgerlichen Kolleg_Innen, warum sie ihre privilegierte Position in der Gesellschaft nicht nutzen, um die Frage der Offenlegung der eigenen sexuellen Identität zu politisieren. „Warum kämpfen sie nicht dafür, dass die große Mehrheit von uns sich outen kann?“, fragen sie. „Queerness ist ein politisches Problem, das im Mainstream verankert werden muss. Unsere Sichtbarkeit

ist nicht irgendein liberales Narrativ, es ist eine politische Frage. Indem sie sich weigern, die Frage zu politisieren, drängen privilegierte queere Menschen die größere queere Gemeinschaft dazu, im Verborgenen zu bleiben."

All dies verdeutlicht, dass Cis-het-Frauen, binäre Trans-, schwule und lesbische sowie nicht-binäre Menschen aus der Arbeiter_Innenklasse aufgrund ihrer Klassenlage einer spezifischen sozialen Unterdrückung ausgesetzt sind und daher ein objektives Interesse hegen, gemeinsam zu kämpfen. Es ist wahr, dass Machtkämpfe, Konkurrenz und Gleichgültigkeit die Gemeinschaft derjenigen plagen, die aufgrund ihres Geschlechts unterdrückt werden. Wir sehen das an der mangelnden Bereitschaft von Arbeiterinnen, für die bürgerlichen Freiheiten lesbischer Kolleginnen zu kämpfen. Wir sehen dies auch in der Gleichgültigkeit, die gegenüber der Unterdrückung von Schwulen und Lesben von Trans-Frauen an den Tag gelegt wird, nachdem das Transgender-Schutzgesetz verabschiedet wurde. Der Terfismus (Transphobie) in der Frauen- oder binären Schwulen- und Lesbenbewegung ist ein weiteres Beispiel dafür.

Dies verdeutlicht, was die Liga bereits in ihren Thesen zur Trans-Unterdrückung festgestellt hat: „ … Konflikte zwischen sozial Unterdrückten, das Aufeinanderprallen von gegenseitigen Forderungen und Ansprüchen sind in der bürgerlichen Gesellschaft keine Seltenheit, sie kommen immer wieder vor." (19)

Kampf gegen die Institutionen bürgerliche Familie und Kapitalismus

Der entscheidende Punkt hier ist, dass, ob die geschlechtlich und sexuell Unterdrückten sich dessen bewusst sind oder nicht, ihre Unterdrückung in der Institution der bürgerlichen Familie im Kapitalismus verwurzelt ist. Diese Unterdrückung ist entscheidend für die Funktionsweise des Kapitalismus. Ob man sich dessen nun in

der gegenwärtigen Lage bewusst ist oder nicht, unser objektives Interesse als Cis-het-Frauen, binäre Trans-, schwule und lesbische und nicht-binäre Menschen aus der Arbeiter_Innenklasse liegt daher darin, gemeinsam gegen repressive und diskriminierende Gesetze und für bürgerliche Freiheiten wie das Recht zu heiraten, das Recht zu adoptieren usw. zu kämpfen.

Unsere cis-het und schwulen männlichen Genoss_Innen aus der Arbeiter_Innenklasse sollten auch Teil dieses Kampfes werden. Warum? Ihr objektives Interesse liegt in einem antisexistischen Kampf. Es sind immer diejenigen aus dem Arbeiter_Innenmilieu, die für etwas so Menschliches und Natürliches wie Sex zum Opfer werden. Unser Recht auf körperliche Autonomie als Menschen sollte nicht von diesem oder jenem religiösen oder kulturellen Dogma abhängig gemacht werden.

Es stimmt, dass es angesichts der extrem rückständigen Natur des pakistanischen Patriarchats gefährlich sein kann, seine Stimme gegen ein solches Dogma zu erheben. Aber jede politische Arbeit in Pakistan birgt die Gefahr staatlicher Unterdrückung. Wenn wir schon in Bezug auf unsere grundlegenden bürgerlichen Freiheiten unterdrückt werden, können wir genauso gut mit staatlicher Repression rechnen, wenn wir für das kämpfen, was unser kollektives Recht ist, nämlich das Recht, unser Leben in Würde und mit den Freiheiten zu leben, die jeder Mensch verdient.

Aber kann dieser Kampf nur über die Gesetzgebung gewonnen werden? Nein. Es muss ein Kampf geführt werden. Es muss ein Ringen sein, das von Anfang an sehr klar ist über die unversöhnlichen Interessen der queeren Menschen aus der Arbeiter_Innen- und der herrschenden Klasse sowie auch jener queeren Menschen, die sich sozialer Privilegien erfreuen und diese gegen die Interessen der Arbeiter_Innenklasse verteidigen. Queere Menschen aus der Arbeiter_Innenklasse haben ihre Verbündeten in den cis-het Männern und Frauen der Arbeiter_Innenklasse. Gleichzeitig versuchen sie, queere kleinbürgerliche und Mittelschichts-Menschen und cis-het Männer und Frauen für ihre Sache zu gewinnen, ohne Zugeständnisse an

kleinbürgerliche politische Programme zu machen. Während die Arbeiter_Innenklasse in der Lage sein kann, die Mittelschichten der Gesellschaft hinter sich zu versammeln, ist es klar, dass diejenigen, die aus einem bürgerlichen Hintergrund kommen, die die Produktionsmittel besitzen und verwalten, immer im Widerspruch zu denen stehen werden, die mit diesen Produktionsmitteln arbeiten. Daher werden letztere mit ihrer Klasse brechen müssen. Beider Interessen sind unversöhnlich, und das ist das Wesen der Produktionsverhältnisse und die Grundlage der politischen Ökonomie.

Als wissenschaftliche Marxist_Innen erkennen wir auch die grassierende Trans- und Queerphobie in der Arbeiter_Innenklasse, und wir wollen eine Strategie entwickeln, mit der wir auch gegen solche Übel in der Arbeiter_Innenbewegung aufstehen, weil unser wirkliches materielles Interesse darin liegt, gemeinsam zu kämpfen. Aber wir sind uns darüber im Klaren, dass dies – genau wie im Fall des Kampfes gegen die Unterdrückung der Frauen in der Arbeiter_Innenklasse – eine scharfe und dauerhafte Auseinandersetzung mit männlichem Chauvinismus und Transphobie innerhalb der Klasse erfordert, einschließlich des Rechts auf Caucus für Trans-Personen und der offenen Herausforderung aller Formen von Transphobie innerhalb unserer Bewegung.

Letztendlich liegt es im objektiven Interesse der gesamten Arbeiter_Innenbewegung, einschließlich der cis-het Männer und Frauen sowie aller queeren Menschen der Arbeiter_Innenklasse, zu verstehen, dass die Wurzel der geschlechtsspezifischen sozialen Unterdrückung in der Institution der bürgerlichen Familie liegt.
Um gegen diese Wurzel zu kämpfen, müssen wir kollektiv uns für die Abschaffung des Privateigentums engagieren. Damit meinen wir keineswegs, dass wir den Kampf für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen der Arbeiter_Innenklasse und queeren Menschen am Erbe aufgeben. Es gibt einen klaren Unterschied zwischen persönlichem Eigentum und Privateigentum. Letzteres ist das Eigentum an den Produktionsmitteln, das die Essenz der bestehenden gesellschaftlichen

Verhältnisse ist.

Was wir meinen, ist, dass unsere Kämpfe darauf ausgerichtet sein müssen, die Wurzel unserer kollektiven Unterdrückung und Ausbeutung abzuschaffen, das heißt, die ungleichen Eigentumsverhältnisse unter der Anarchie des Kapitals. Nur unter der Führung einer wirklich revolutionären Strategie können wir die gemeinsame Ursache unserer Unterdrückung mit Stumpf und Stiel ausreißen. Eine solche Strategie muss auf unnachgiebiger Klassenunabhängigkeit und der kollektiven Notwendigkeit beruhen, das ausbeuterische und unterdrückerische System des Kapitalismus abzuschaffen und es durch eine demokratische Regierung der Arbeiter_Innen zu ersetzen, die alle umfasst, also auch cis-het und queere Arbeiter_Innen.

In der gegenwärtigen Situation müssen wir unmittelbare demokratische und soziale Forderungen für Trans-Personen mit den breiteren Fragen der Arbeiter_Innenklasse verknüpfen.

Wir können unseren Kampf in diese Richtung beginnen, indem wir eine Kampagne für die Abschaffung von Abschnitt 377 und aller anderen diskriminierenden Gesetze aufbauen. Frauen und Trans-Personen müssen auf allen Ebenen, vor den Gerichten und im privaten und öffentlichen Leben die gleichen Rechte erhalten.

Wir müssen ein Recht auf Bildung, Ausbildung und Arbeit für alle Trans-Menschen bei voller Bezahlung sicherstellen, damit sie nicht zur Prostitution und zum Betteln gezwungen werden.

Trans-Menschen müssen, genau wie Frauen, das Recht auf Schutz vor Gewalt und Entbehrung zu Hause sowie durch reaktionäre Kräfte haben. Wir fordern den Bau von sicheren Häusern für Opfer solcher Gewalt – öffentlich finanziert, aber von Trans-Menschen selbst betrieben.

Solche unmittelbaren Forderungen sollten beim Aurat-Marsch in diesem Jahr und von der gesamten Frauenbewegung sowie von den Gewerkschaften und allen linken Organisationen als Teil des Kampfes

gegen soziale Diskriminierung im ganzen Land aufgegriffen werden.

Endnoten

(1) Aurat ist das Urdu-Wort für Frauen. Der Aurat-Marsch wird seit 2018 am achten März organisiert. Für weitere Informationen lesen Sie den Artikel von Minerwa Tahir in Fight 8/2020

(2) Wir verwenden queer als allumfassenden Begriff, um alle Menschen zu bezeichnen, deren sexuelle oder geschlechtliche Identitäten nicht dem heteronormativen binären Geschlecht entsprechen.

(3) Nadir Guramani, "National Assembly passes bill seeking protection of transgender rights", *Dawn*, May 8, 2018 https://www.dawn.com/news/1406400

(4) Rimmel Mohydin, "With Transgender Rights, Pakistan has an Opportunity to be a Pathbreaker", Amnesty International, January 22, 2019 https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/01/with-transgender-rights-pakistan-has-an-opportunity-to-be-a-path-breaker/

(5) "Kami Sid expresses joy as the Transgender Persons (Protection of Rights) Bill 2017 passes", Images, May 8, 2018 https://images.dawn.com/news/1180033/kami-sid-expresses-joy-as-the-transgender-persons-protection-of-rights-bill-2017-passes

(6) "Education for trans people", Dawn, April 18, 2018 https://www.dawn.com/news/1402275

(7) "Affirming trans identity", Dawn, May 11, 2018 https://www.dawn.com/news/14

(8) Saniyah Eman, "The not-so-curious case of trans oppression in Pakistan", The News, September 11, 2020 https://www.thenews.com.pk/magazine/us/712330-the-not-so-curious-case-of-

trans-oppression-in-pakistan

(9) Semra Islam, “The Transgender Community and the Right to Equality in Pakistan: Review of the Transgender Persons Act 2018”, 2020, LUMS Law Journal 2020, 7:1 https://sahsol.lums.edu.pk/law-journal/transgender-community-and-right-equality-pakistan-review-transgender-persons-act-2018

(10) Ebenda

(11) Ebenda

(12) Shahnaz Khan, “What is in a Name? Khwaja Sara, Hijra and Eunuchs in Pakistan”, Indian Journal of Gender Studies, 23(2):218-242, May 18, 2016 https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/0971521516635327

(13) Semra Islam, “The Transgender Community and the Right to Equality in Pakistan: Review of the Transgender Persons Act 2018”, 2020, LUMS Law Journal 2020, 7:1 https://sahsol.lums.edu.pk/law-journal/transgender-community-and-right-equality-pakistan-review-transgender-persons-act-2018

(14) Ebenda

(15) Shahnaz Khan, “What is in a Name? Khwaja Sara, Hijra and Eunuchs in Pakistan”, Indian Journal of Gender Studies, 23(2):218-242, May 18, 2016 https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/0971521516635327

(16) Meghan Davidson Ladly, “Gay Pakistanis, Still in Shadows, Seek Acceptance”, The New York Times, November 3, 2012 https://www.nytimes.com/2012/11/04/world/asia/gays-in-pakistan-move-cautiously-to-gain-acceptance.html?pagewanted=all&_r=0

(17) Rafia Zakaria, “Sex and the state”, The Hindu, December 29, 2006 https://frontline.thehindu.com/world-affairs/article30211901.ece

(18) Ebenda

(19) International Executive Committee, “The Oppression of Transgender People”, League for the Fifth International, March 17, 2019
https://fifthinternational.org/content/oppression-transgender-people

---

Polen: Der Kampf um Abtreibung und Selbstbestimmung

Von Melli Vogt

In Polen wurde letzten Herbst das Abtreibungsrecht durch das Verfassungsgericht weiter verschärft. Während Abtreibungen seit 1993 erlaubt waren, wenn Schädigungen am Fötus vorhanden sind und dieser krank oder schwer behindert ist, oder wenn das Leben von Mutter und ungeborenem Kind in Gefahr ist, hat das Verfassungsgericht dieses Gesetz nun für “verfassungswidrig“ erklärt und Abtreibungen komplett verboten- außer bei Schwangerschaften, die durch Vergewaltigung entstanden sind. Dahinter steckt auch die polnische Regierungspartei PiS, welche extrem homo- und transphob und im Zuge des Rechtsrucks aufgestiegen ist. Die Verschärfung des Abtreibungsrechts ist nicht die einzige sexistische Regelung die durch die PiS-Partei entschieden wurde: So richtete die Partei LGBTIA+- freie Zonen in Polen ein und verbot Sexualkundeunterricht, weil sie der Meinung sind, dieser „verführe die Jugend.“ Für die Frauen in Polen und auch generell ist die Verschärfung des Abtreibungsrechts katastrophal. Sie sind nun gezwungen, selbst Kinder zur Welt zu bringen, die krank sind oder schwere Behinderungen haben. Dies führt dazu, dass Frauen aus Verzweiflung versuchen werden, Abtreibungen heimlich selbst

durchzuführen, was schwere Verletzungen oder sogar den Tod von Mutter und ungeborenem Kind bedeuten kann. Alternativ können diese im Ausland durchgeführt werden, was für die Frauen sehr unsicher und teuer ist, unter schlechten Bedingungen stattfindet und ein hohes Gesundheitsrisiko darstellt. Für die Selbstbestimmung der Frauen über ihren Körper und ihr Leben ist das verschärfte Abtreibungsrecht ein katastrophaler Rückschritt, der die minimalen Erfolge, die schon erreicht wurden, wieder auf null setzt. Dass diese Verschärfung gerade jetzt in Zeiten von erstarkendem Rechtsruck und Coronakrise passiert, in welcher die Lage für Frauen sowieso verstärkt schwer ist und sie noch mehr von Unterdrückung, Gewalt und Reproduktionsarbeit betroffen sind, ist kein Zufall. Dass die Reproduktionsarbeit, also die unbezahlte Hausarbeit und Kindererziehung, die meist Frauen leisten müssen, durch die Coronakrise und das bürgerliche, patriarchale System derzeit zunimmt, ist ebenso wie das Abtreibungsverbot im Interesse des Kapitalismus und nützlich für die herrschende Klasse. Kapitalist_Innen profitieren davon, wenn Arbeiterinnen nicht abtreiben, da sie immer neue Arbeitskräfte für den Markt brauchen, die sie billig ausbeuten können. Aber auch in Familien der herrschenden Klasse ist Abtreibung kein objektives Interesse, denn die Kapitalist_Innen müssen ihr Eigentum an Nachkommen vererben, um ihre Familie in der herrschende Klasse zu halten. Daher schadet es der herrschenden Klasse, wenn Frauen abtreiben. Das Abtreibungsverbot ist also eine weitere Auswirkung des Kapitalismus, die nochmal deutlich macht, dass dieses kapitalistische, patriarchale und sexistische System endlich überwunden werden muss.

Als Reaktion auf das verschärfte Abtreibungsrecht gab es in Polen Massenproteste mit mehreren zehntausend Menschen. In Warschau hatte die Organisation “allpolnischer Frauenstreik“ zu einer Demonstration durch Warschau aufgerufen, welche der Höhepunkt der Proteste und Demonstrationen sein sollte. Insgesamt wurde täglich in mehr als 100 Städten des Landes protestiert. Auch zu einem Generalstreik hatten Frauen in Polen aufgerufen. Daran beteiligten sich unter anderem viele junge Frauen im Gesundheitswesen, Landarbeiter_Innen, weitere Berufsgruppen und auch Schüler_Innen. Wir begrüßen diese Initiative, sehen aber auch, dass man hier einen stärkeren Schulterschluss mit den Gewerkschaften hätte suchen

müssen, um wirklich Massen in diesen politischen Streik zu mobilisieren. Aufgrund der vielen Proteste und Streiks wurde das Gesetz zwischenzeitlich erstmal ausgesetzt. Trotzdem gingen die Proteste weiter und brachen im Dezember 2020 wieder aus, wo erneut tausende Menschen auf die Straße gingen. Somit halten die Proteste gegen das verschärfte Abtreibungsgesetz nun schon seit Oktober an. Trotz der monatelangen Massenproteste ist das verschärfte Abtreibungsgesetz jetzt, drei Monate nach der Entscheidung des polnischen Verfassungsgerichts, rechtskräftig und somit in Kraft getreten. Damit sind Schwangerschaftsabbrüche zukünftig in fast allen Fällen verboten, auch Abtreibungen bei schweren Fehlbildungen. Laut dem obersten Gericht von Polen ist Abtreibung bei Fehlbildungen "unvereinbar" mit der Verfassung. Als Reaktion darauf brachen im ganzen Land erneut Proteste aus, unter anderem bildeten sich in den letzten Tagen spontane Protestzüge vor dem Sitz des Verfassungsgerichts und in vielen polnischen Städten.

Der Ursprung des Abtreibungsverbots in Polen ist der Kapitalismus, welcher überwunden werden muss. Um Kapitalismus und somit auch Sexismus und Rechtsruck zu überwinden, braucht es einen gemeinsamen Kampf und die Verknüpfung von Frauen- und LGBTIA- Rechten mit dem Kampf gegen Kapitalismus, Generalstreiks und Massenproteste, die Einbindung von Arbeiter_Innen durch Gewerkschaften und eine internationale Antikrisenbewegung. Das liegt daran, dass gerade jetzt in der Krise Frauen- und Arbeiter_Innenrechte besonders angegriffen werden. Nur wenn der Kapitalismus überwunden wird, können Sexismus und jede Unterdrückung der Frau bekämpft werden. Im kapitalistischen System ist dies nicht möglich.

Daher fordern wir:

- Frei zugängliche, sichere und kostenlose Abtreibungen für alle Frauen, unter allen Umständen!

- Auflösung der LGBTIA-freien Zonen in Polen!

- Aufhebung des Verbots von
  öffentlichem Sexualkundeunterricht!
- Freien
  und kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln und Beratungsstellen
  für alle Frauen!
- Aufbau
  eines internationalen Antikrisenbündnisses aus Arbeiter_Innen zur
  Überwindung des Kapitalismus!

Let’s talk about sex: Über Konsens reden – aber wie?

Von JK Singh

Im Sexualkundeunterricht in der Schule
wird uns nicht viel beigebracht. Zwar können wir uns glücklich
schätzen, dass wir lernen, wie wir Kondome über Bananen stülpen
und wir auch mal einen seitlichen Anschnitt einer Vagina sehen oder
bekommen ’nen Tampon in die Hand gedrückt. Aber so wirklich
hilfreich ist’s dann auch nicht, wenn man versucht Sex zu haben. Im
Unterricht liegt der Fokus auf Genitalien, wobei die weiblichen an
der Stelle oftmals falsch dargestellt werden, (So ist beispielsweise
die Klitoris kein kleiner Punkt, der gaaaanz schwer zu finden ist),
Homo-, Bi- und Asexualität werden nicht wirklich angerissen und über
Intimität, Verantwortung oder Gefühle wird so gut wie nie geredet.
Stattdessen können wir dann auf die breite Palette der verzerrten
Darstellung von Intimität und Sexualität in der bürgerlichen
Gesellschaft zurückgreifen.

Ähm, was?

Ob in Filmen oder Serien: Intimität
wird in Extremen dargestellt. Entweder ist die Grundlage Liebe bis ans Ende des unendlichen Universums, oder es geht darum seinen eigenen Wert zu beweisen, in dem man Jemanden ins Bett bekommt. Dazwischen gibt's nicht viel zu finden. Voll romantisch und so.
Meist weiß der Mann auch natürlich, was die Frau braucht. Ohne zu fragen, kann er einfach fühlen, dass die Frau jetzt geküsst werden will und per Gedankentelekinese fügt sich alles nahtlos in einander bis man auf einmal nackt ist –und die Frau durch reine Penetration einen Orgasmus bekommt. Das ist noch die nette Variante, schließlich gibt's noch genügend Momente, wo die Frau auch Nein sagt, aber der Mann natürlich ganz genau weiß, dass das nur ein geheimes Codewort für „Fick' mich" ist. Dementsprechend wird auch gehandelt und als Zuschauer_In weiß man nicht, was man nun mit der Form der sexuellen Gewalt, die man gerade gesehen hat, anfangen soll.

Was kann dadurch passieren?

Zusammengefasst hört sich das eher
ungeil an. Ist es auch. Die Idee, dass man sein Gegenüber erobern muss, führt in der Praxis zu vielen Problemen. So kommt es zum Überschreiten von sexuellen Grenzen und zu Übergriffen. Das kann bewusster passieren, beispielsweise wenn man ein „Nein" nicht als „Nein" wertet, weil man glaubt, man(n) muss die andere Person überzeugen. Oder unbewusster, wenn man es einfach macht, weil man glaubt, dass Nachfragen ein Zeichen des Unwissens und von Schwäche, ist. Ebenso fühlt man sich selber unter Druck gesetzt, weil man versucht einem Idealtyp zu entsprechen, den es so gar nicht gibt. Sexualität verkommt also vielmehr zu einer Einzelleistung bei der man auf magische Art und Weise weiß, was der Andere denkt und sich selber „beweisen" muss.

Aber warum ist das so?

Das liegt vor allem daran, dass in der
bürgerlichen Gesellschaft Sex in erster Linie dazu da ist, die

Fortpflanzung zu sichern. Für die herrschende Klasse Nachkommen, an die sie ihren Besitz vererben (diese Vererbung findet meist über die männliche Linie statt). Für die Arbeiter_Innenklasse wird so die Existenz der Familie weiter gesichert, die unter anderem auch der Ort ist an dem man sich selber erholen kann und die eigene Arbeitskraft reproduzieren kann. Das hört sich jetzt stark veraltet an, ist aber die Grundlage auf der sich heute viel abspielt. Das liegt daran, dass im Kapitalismus 1. Immer bürgerliche Staaten und Großkonzerne in wirtschaftlicher Konkurrenz stehen und daher möglichst viele neue Arbeitskräfte auf dem Markt benötigen. Und 2. Insbesondere bei der Unterdrückung von Frauen, dass diese in die unbezahlte Hausarbeit und das Rollenklischee der Erzieherin gedrängt werden müssen, damit die Kapitalist_Innen möglichst wenig aufbringen müssen für die Reproduktionsarbeit, denn sonst würden sie ja weniger Profit machen. So wird diese ins Private verdrängt. Sowohl die patriarchale Vererbung, als auch die private Reproduktionsarbeit sorgen dafür, dass sich Frauen in die typisch bürgerliche Familie einordnen sollen, denn nur so kann der Mann sein Eigentum auch an „seine Kinder“ vererben und hat in der Arbeiter_Innenklasse einen Rückzugsort zur Erholung. Die Frauen werden zu reinen Geburten- und Erziehungsmaschinen degradiert, die an Sex keinen Spaß haben müssen. Sie sollen sich nur auf einen Mann fixieren, den sie ein Leben lang lieben, und um zu rechtfertigen, dass sie nun auch noch den Großteil der Hausarbeit (neben ihrer Arbeit) unbezahlt leisten müssen, werden sie als weniger wert und dümmer dargestellt. All dies spiegelt sich also in unserer Gesellschaft wider. Auch das Thema Sex, wie die Hausarbeit, wird weiter ins Private verdrängt. Die 68er-Bewegung hat für viele Errungenschaften in Bezug auf die Zurückdrängung von veralteter Sexualmoral eine wichtige Rolle gespielt, trotzdem konnte sie das Grundproblem nicht aufbrechen. So kommt es dazu, dass wir nun an vielen Stellen einen offeneren Umgang mit Sexualität haben, aber im Zuge dessen auch eine Liberalisierung des Sexualmarktes mit all seinen negativen Facetten.

Das heißt: Sexualität im Kapitalismus

hat gar nicht den Zweck der eigenen Entfaltung. Auch wenn es so scheint, dass man als Individuum unbegrenzte Freiheiten genießen kann, geht es darum gar nicht. Vielmehr ist Sexualität stark davon geprägt, dass existierende Unterdrückungsmuster wie Rassismus, Sexismus und LGBTIA+ Diskriminierung mitreproduziert werden, die aktiv verhindern, dass wir uns frei entfalten und Vorurteile wieder spiegeln. So kommt es beispielsweise auch dazu, dass nicht-weiße Frauen stark exotisiert werden oder es allgemein eine sehr starke Fokussierung auf den Mann als Initiator gibt, während die Frau oftmals stummes Beiwerk ist. Unser Sex-Leben ist also auch immer eine Frage unserer Sozialisierung und kann nicht getrennt von der Gesellschaft betrachtet werden.

Was hilft dagegen?

Die feministische Bewegung hat in diesem Rahmen zwei Konzepte erarbeitet. Zum einen gibt es das „Nein heißt Nein!"-Konzept. Das basiert darauf, ein Nein als solches anzuerkennen, ohne nochmal Nachfragen zu stellen, die Druck aufbauen können (Bist du dir sicher? Willst du nicht noch mehr trinken? Etc.) und die Grenzen des Gegenübers zu akzeptieren. Das sollte eigentlich recht klar sein, ist es aber vielerorts nicht. Allerdings klammert dieses Konzept auch ein paar wichtige Dinge aus. So werden wir in dieser Gesellschaft mit bestimmten Rollenbildern sozialisiert. Nicht Jede_R hat die Möglichkeit aus sich heraus „Nein" zu sagen. Hinzu kommt, dass man erst wenn's zu spät ist Feedback bekommt – also, wenn man dabei ist eine Grenze zu überschreiten. Deswegen wurde das Zustimmungskonzept „Ja heißt Ja" entwickelt. Durch aktives Nachfragen soll eine Verletzung der Grenzen vermieden werden, damit sexuelle Handlungen nicht nur eine Einbahnstraße sind.

Das sagt sich so einfach, oder doch nicht?

Wir wollen ehrlich sein: Aktiv nachzufragen ist verdammt schwer. Das allgemein existierende Bild von

Sex in unserer Ecke der Gesellschaft gibt uns zu verstehen: Sex ist immer toll und super heiß, dein eigener Wert wird dadurch bestimmt, dass du ohne zu reden dein Gegenüber zum Orgasmus bringst und einfach so total geile Sachen machst. Sex wird dadurch mehr zur individuellen Leistung und nicht etwas, dass man gemeinsam hat. Oben drauf kommen die stereotyphaften Erwartungen. Bei der männlichen Sozialisierung gilt Nachfragen als schwach – schließlich nimmt sich ein richtiger Mann, was er haben will und zeigt so seine Stärke. Die weibliche Sozialisierung zeichnet sich dadurch aus, Sachen hinzunehmen, schließlich muss man dem Typen auch gefallen.

Davon abgesehen, mischen sich je nach Situation noch Versagensängste und die Angst aufgrund der eigenen Bedürfnisse verurteilt zu werden rein. Insgesamt ergibt das also eher einen Cocktail voller Zweifel, den man nicht so einfach heruntergeschluckt bekommt. Also nein. Aktiv nachzufragen oder über die eigenen sexuellen Wünsche zu reden, fällt vielen von uns verdammt schwer. Es ist unangenehm, peinlich und man hat Angst. Aber es lohnt sich. Die Frage ist nur:

Wo fängt man überhaupt an?

Auseinandersetzung mit sich selbst?

Sexuellen Konsens zu lernen, klappt nicht von heute auf morgen. Es ist ein Prozess. Dabei lohnt es sich, sich erst mal mit sich selber auseinander zu setzen. Mit den eigenen Bedürfnissen, den eigenen Wünschen, den eigenen Grenzen. Wer das noch nie gemacht hat, dem fällt das wahrscheinlich ganz schön schwer. Weibliche Sozialisierung und auch manche psychischen Krankheiten erschweren die Auseinandersetzung damit. Praktisch kann das dann so aussehen, dass man sich selber Fragen stellt und diese nach und nach beantwortet. Beispielsweise: Kann ich gut „Nein“ und „Ja“ sagen? Kann ich mich selber akzeptieren? Worauf habe ich eigentlich Lust, was will ich erleben? Habe ich Angst vor Zurückweisungen? Wenn ja, was macht das mit mir? Daneben kann es

helfen, sich mit seinem Körper auseinanderzusetzen. Gesellschaftliche Schönheitsideale können einen riesigen Druck ausüben – ob zu große Brüste, ein zu kleiner Penis letzten Endes wird dafür gesorgt, dass sich 99% aller Menschen nicht wohl in ihrer Haut fühlen. Das hat auch automatisch Auswirkungen darauf, wie wir uns vor anderen fühlen. Dessen sollte man sich bewusst sein und anfangen, existierende Schönheitsideale kritisch zu hinterfragen.

Und zuletzt: Redet ernsthaft mit Freund_Innen über Sexualität. Hört sich komisch an mit Menschen mit denen man nicht intim werden will drüber zu reden, aber der Austausch mit anderen kann einen aufzeigen, wie Grenzen bei Anderen aussehen oder man vielleicht gar nicht alleine mit seinen Ängsten und Schwierigkeiten ist. Das ist gerade in männlichen Freundeskreisen schwer, da es eine große Hemmschwelle gibt über Gefühle zu reden und gerade in der Schule Sexualität was ist, mit dem sich profiliert wird. Aber auch das kann angegangen werden. Dort hilft es vielleicht, so etwas nicht gleich in einer Gruppe, sondern im Zwiegespräch mit einem besonders guten Freund, zu besprechen. Wenn es keine Möglichkeit gibt mit Freunden darüber zu reden, kann man sich natürlich auch noch andere Wege suchen. Wenn man z.B. relativ offene Eltern hat oder, wenn gar nichts mehr geht, kann man auch versuchen eine Psychologin/ einen Psychologen auf zu suchen. Im Gegenteil zu gängigen Klischees, sind diese nicht nur für psychische Krankheiten, sondern auch einfache psychische Probleme da.

Auch wenn sich das anstrengend anhört, lohnt es sich diese Schritte auszuprobieren und sich daran weiterzuentwickeln. Seine eigenen Bedürfnisse, Grenzen und Wünsche herauszufinden – und dann auch aussprechen zu können, ist eine gute Grundlage, um das Gespräch mit Anderen zu suchen.

Wo fängt man zu zweit an?

In Realität schlägt das Herz wie wild und man ist sich nicht so ganz sicher was gerade passiert und

irgendwie küsst man sich dann. Oder man ist betrunken auf ’ner Party. Oder, oder, oder. Aber selten hat man sich vorher mal die Zeit genommen, zu fragen, was das Gegenüber will. Hat man ja auch nicht gelernt. Dabei ist das recht leicht. Ein guter Einstieg ist es am Anfang zu fragen, wie gut sie/ er die eigenen Bedürfnisse und Grenzen äußern kann. Also: Wie leicht fällt es einem überhaupt „Nein“ in konkreten Momenten zu sagen? Klappt das einfach oder wäre ein Handzeichen besser? Woran merke ich, was der anderen Person gefällt? Wie kommt man aus unangenehmen Situationen raus? Was gibt Sicherheit? Was macht Angst? Was ist einem verdammt peinlich?

Die Fragenliste kann man noch um ein paar mehr erweitern. Dabei gilt die Regel: Statt anzunehmen, dass man weiß, was man macht, fragt man einfach mal nach. Auf Basis dessen können dann Vereinbarungen untereinander entstehen, wie beispielsweise non-verbale Kommunikation. Oder einem fällt es schwer die Initiative zu ergreifen und man findet es gut, dass der andere sie ergreift und das auch praktisch machen soll. Aber nicht einfach aus dem Nichts heraus.
Gleichzeitig sollte man sich bewusst sein, dass es auch Machtverhältnisse gibt, die die Antworten verzerren können und die einem Umgang auf Augenhöhe im Weg stehen können. Diese gehen oftmals mit existierenden Unterdrückungsmechanismen, wie Sexismus oder Rassismus einher, wie beispielsweise die typisch weibliche Sozialisierung, die dafür sorgt, dass man eher hinnimmt, was die andere Person macht. Aber auch andere Dynamiken wie Wissenshierachien/ Erfahrungshorizont, Drogenkonsum, Abhängigkeitsverhältnisse (finanzielle beispielsweise) oder ein zu großer Altersunterschied können beispielsweise dazu führen kann, dass dem einem Gegenüber mehr Bewusstsein zugeschrieben wird, als da ist und die eine Person sich einfach unterordnet.

Das bedeutet auch, sich bewusst zu sein, Konsens nicht immer dafür sorgt, dass Alles gut geht. Das Zustimmungsprinzip Ja heißt Ja ist an der Stelle kein abstraktes,

starres Regelwerk. Manche Sachen sind klar, wie „Nein heißt Nein“. Aber sexueller Konsens beschreibt eigentlich ein Verhältnis zwischen den Menschen, die miteinander intim werden und kann deswegen sehr unterschiedlich praktiziert und ausgeübt werden. Es geht darum, zu versuchen keine Gewalt zu reproduzieren und sein eigenes Bedürfnis nicht einfach so durchzusetzen, sondern gemeinsam das zu machen, was einander Spaß macht. In dem Wissen und unter Berücksichtigung, dass es Sozialisierung und gesellschaftliche Unterdrückungsmuster gibt, die dabei im Weg stehen können bzw. den Zugang dazu erschweren. Manchmal merkt man erst im Nachhinein, dass die Situation gar nicht so abgelaufen ist, wie man es gewollt hat. Das kann passieren, auch wenn man sich Mühe gibt. Sexualität ist von Natur aus ein Spannungsfeld und gleichzeitig gibt es in unserer Gesellschaft unfassbar viele Unterdrückungsmomente. Deswegen gehört auch dazu, dass man im Nachhinein bereit ist, über das Erlebte zu reden, Kritik anzunehmen oder Sachen, bei denen man sich unsicher war, selber aktiv anzusprechen. Sex ist also unmöglich wirklich angenehm und schön für beide, ohne Zusammenarbeit und gegenseitige Rücksichtnahme und Vertrauen.

Das hört sich alles anstrengend und 0 romantisch an!

Für Manche ist’s anstrengend, sich mit sich und den Bedürfnissen anderer auseinander zu setzen. Wenn du aber nicht gerade darauf stehst, andere zu verletzen (was, wenn es im konsensualen Rahmen passiert, wiederum voll ok ist) und dein eigenes Bedürfnis über Andere zu stellen, dann merkst du, dass das der praktikabelste Weg ist. Die Idee von Romantik, die uns in Filmen und Serien beigebracht wird, basiert darauf, dass sie grenzüberschreitend ist. Und was ist daran bitte romantisch? Es scheint nur oftmals leichter, weil man sich der Gefahr entzieht einen Korb zu bekommen. Solche Aussagen sind an der Stelle nur Aussagen mit der man sich aus der Verantwortung ziehen möchte.

Also machen wir das alle so und wir

haben eine befreite Gesellschaft?

Nein. Leider ist dem nicht so. Es gibt
es Leute, die von der aktuellen Gesellschaftsdynamik profitieren. Diese haben gar kein Interesse Etwas zu ändern, denn um die Grundlage dieser Unterdrückungsformen zu beenden, müssten diese Menschen ihren Besitz und ihre Privilegien aufgeben. Dementsprechend kann die Grundlage, die das Bewusstsein erzeugt, dass es in Ordnung ist, einfach so mit Leuten zu schlafen, ohne zu Fragen nicht einfach so verschwinden und wird weiter reproduziert. Es ist also gar nicht möglich, dass alle Menschen das einfach so machen. Schließlich wurden die Meisten anders sozialisiert. Wir müssen also erst eine Grundlage dafür schaffen.

Also können wir es auch gleich lassen?

Auch nein. Als Revolutionär_Innen
wissen wir zwar, dass wir in der bürgerlichen Gesellschaft nicht einfach so befreit leben können. Schließlich sind wir uns den Zwängen, wie beispielsweise dem Zwang unsere Arbeitskraft verkaufen zu müssen, nicht einfach so entledigen. Oder einfach so die Art und Weise, wie wir sozialisiert wurden, abwaschen und neu anfangen. Aber wir können uns den Mechanismen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft bewusst sein. Wir können, aber müssen auch gleichzeitig. Schließlich kämpfen wir für eine befreite Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Das klappt am besten, wenn wir schon im Hier und Jetzt für Verbesserungen kämpfen und versuchen mit gesellschaftlichen Diskriminierungen einen Umgang zu finden, statt das Ganze auf die Zeit „nach der Revolution“ zu verschieben. Deswegen fordern wir beispielsweise: die Vergesellschaftung der Hausarbeit, weil sie eine Grundlage des Sexismus in der bürgerlichen Gesellschaft angreift, und eine enorme Entlastung für die Arbeiter_Innenklasse wäre. Zudem haben wir uns als Organisation dazu entschieden, aktiv sexuellen Konsens als Bestandteil in unserer Debattenpraxis aufzunehmen. Erfolgreich kann

das Ganze aber nur sein, wenn wir dem System die Grundlage entziehen, indem wir die bürgerliche Familie und die geschlechtlichen Stereotype auf den Müllhaufen der Geschichte verbannen! Dies können wir aber erst in einem System ohne Lohnarbeit machen, wo die Entscheidung nicht mehr in den Händen der (meist männlichen) herrschenden Klasse liegt. Deswegen müssen wir kollektiv die Produktion in unseren Besitz nehmen, die Kernindustrien enteignen und unter demokratische Planung der Arbeiter_Innenklasse stellen. Erst dadurch können wir auch die Reproduktion der Arbeitskraft kollektiv bestimmen und damit der doppelten Ausbeutung der Frau, Sexismus und Rollenklischees den Boden entziehen. So wird sich auch die Sozialisierung und das Recht auf guten Sex für alle, der nicht ins Privatgespräch gedrängt wird, verändern.

Cardi B & Co. – Sex Sells oder sexuelle Befreiung?

Von Sani Meier

Einer der erfolgreichsten Hip-Hop-Songs
im Jahre 2020 war auch einer der am meist diskutierten, sodass, als letzten August “WAP” (“Wet Ass Pussy“) von Cardi B &
Megan Thee Stallion erschien, die Welt der Popkultur kurz stillstand. Während der Song in sozialen Medien wie TikTok direkt viral ging und sich wochenlang an der Spitze der internationalen Charts hielt, löste die explizite, sexpositive (= Bejahung einvernehmlicher Sexualität in all ihren Formen) Message innerhalb der Hiphop-Szene und der US-amerikanischen Politik eine hitzige Debatte aus. Gestritten wird darüber, ab wann offene, weibliche Sexualität vulgär und moralisch verwerflich ist. Wir gehen in diesem Artikel der Frage nach, warum

diese Thematik überhaupt so kontrovers ist und welche Perspektiven Künstlerinnen wie Cardi B & Co. für eine befreite Sexualität von Frauen bieten.

„WAP“ ist sicherlich nicht der erste Song seiner Art, sondern steht in einer Tradition sexpositiven weiblichen Hiphops von Künstlerinnen wie u.a. Lil Kim, Missy Elliott, Trina oder Nicky Minaj. Ihre Songs stehen dafür, dass Frauen Sex haben können, wann und wie sie wollen und dabei ihr eigenes Vergnügen im Zentrum steht. Eine Perspektive, die in unserer patriarchalen Gesellschaft üblicherweise tabuisiert und beschämt wird, vor allem wenn sie von Frauen selbst aufgeworfen und gelebt wird. Das wird vor allem daran deutlich, dass männliche Künstler völlig ungehemmt über ihre Sexualität reden können, selbst wenn ihre Inhalte dabei Gewalt gegen Frauen verherrlichen. Deutschrapper wie die „187 Straßenbande“ beispielsweise sprechen in ihren Texten davon, Frauen mit K.O.-Tropfen zu betäuben, um sie später zu vergewaltigen und werden dafür höchstens aus feministischen Kreisen kritisiert. Währenddessen brechen sie Spotify-Rekorde und profitieren somit materiell von der sexuellen Unterdrückung von Frauen. Es macht also offensichtlich einen Unterschied, wer über Sexualität sprechen darf- Warum ist das so?

Weibliche Sexualität wird in unserer Gesellschaft stark reglementiert und unsichtbar gemacht. Um zu verstehen, warum das so ist und wer davon profitiert, müssen wir zu den Ursprüngen des Patriarchats zurückgehen. Kurz zusammengefasst lässt sich historisch eine gesellschaftliche Ungleichbehandlung von Frauen ab dem Zeitpunkt nachweisen, an dem Menschen anfingen, sesshaft zu werden und Privateigentum zu besitzen. Ab diesem Zeitpunkt spielte also auch die Vererbung genau dieses Eigentums eine wichtige Rolle und dies geschah meist über die Erblinie des Vaters. Um eine korrekte Vererbung zu gewährleisten, musste also eindeutig nachweisbar sein, welche Kinder zu welchem Vater gehörten. Ohne moderne Techniken der Vaterschaftstests oder ähnlichem bedeutete

dies die Einführung der Monogamie- für Frauen. Nur wenn es sicher war, dass Frauen nur mit ihren Männern Sex hatten, war eine Vaterschaft eindeutig nachweisbar. Was ihre Männer währenddessen machten, wurde erst deutlich später relevant. Es gab also eine materielle Notwendigkeit dafür, dass Frauen ihre Sexualität nicht mehr frei auslebten, sondern einzig auf ihren Partner oder Ehemann beschränkten. Dass ihre Bedürfnisse möglicherweise ganz andere waren, musste negiert und unterdrückt werden. Die Auswirkungen dessen spüren wir noch heute: Weibliche Körper werden von klein auf durch Politik, Gesetze und kulturelle oder religiöse Vorstellungen fremdbestimmt. Frauen wird anerzogen, sich für ihre Sexualität und Körper zu schämen, ihre „Reize“ zu zügeln. Abweichendes Verhalten wird moralisch abgewertet, was sich unter anderem daran zeigt, dass ein Großteil aller sexistischen Beleidigungen für Frauen auf ihre ungehemmte Sexualität abzielt. Diese Vorstellungen sind oft so verinnerlicht, dass sich Frauen dahingehend selbst und gegenseitig überwachen.

Aber nicht nur vor einigen Jahrtausenden, sondern auch heute noch ist genau diese Kontrolle im Interesse des kapitalistischen Systems: Indem aus Frauen sexuell passive Wesen gemacht werden, lassen sie sich besser kontrollieren und fügen sich einfacher in ihre zugeteilte gesellschaftliche Funktion der Reproduktion ein. Im Rahmen der bürgerlichen Kleinfamilie sollen sie im besten Fall möglichst viele Kinder kriegen und Fürsorge für andere leisten. Für sexuelle Selbstverwirklichung bleibt da kein Platz. Sex wird als Aktivität erlebt, die den eigenen Körper zwar involviert, aber dem eigenen Vergnügen wenig bis keinen Stellenwert einräumt. An der aktuellen Kontroverse zeigen sich zusätzlich auch rassistische Aspekte, denn vor allem schwarze Frauen sind stark eingeschränkt in den Möglichkeiten ihrer sexuellen Selbstbestimmung. Besonders ihre Darstellung in pornographischen Filmen hat einen Stereotyp der „ungezügelten & wilden schwarzen Sexualität“ erschaffen, den es zu „zähmen“ gelte.

Vor diesem Hintergrund ist es also nicht mehr überraschend, dass Künstlerinnen wie Cardi B & Megan Thee Stallion vor allem in Zeiten von Krise und sexistischen Rollbacks Wut ernten, denn ihre Texte fordern die Kontrolle über sexuelle Narrative und ihre Körper zurück. Dies ist ein großer Fortschritt hinsichtlich der Frage, wer über weibliche Sexualität sprechen und von ihr profitieren darf, allerdings muss es bis zu einem bestimmten Punkt auch als das bewertet werden, was es ist: Ein Produkt auf dem kapitalistischen Markt, welches möglichst viel Profit einbringen muss. So ist es zwar sicherlich relevant, dass die Künstlerinnen zwei Women of Colour sind, die ihre Sexualität und Körper in ihrer Musik thematisieren, anstelle von männlichen Künstlern, die diese Themen lediglich für ihren Profit nutzen, indem Frauen als Accessoires in ihren Musikvideos auftauchen. Allerdings stehen auch sie unter dem Druck, sich selbst möglichst erfolgreich zu vermarkten, was in unserer Gesellschaft leider am effektivsten über „sex sells“ funktioniert. Der Text ist auch ziemlich auf sexuelle und Schönheitsklischees der bürgerlichen Gesellschaft ausgelegt (Frauen mit enger Scheide, und Männer mit großem Penis), und so dürfte ihr Erfolg auch zum Teil durch die damit erreichte Provokation zu erklären sein. Wie bereits vorher ausgeführt, liegt der Ursprung der sexuellen Unterdrückung der Frau im Kapitalismus selbst und kann deshalb auch nur im Kampf gegen diesen überwunden werden. Empowernde Texte können diesen vielleicht unterstützen, indem sie das Bewusstsein der Konsument_Innen beeinflussen, sie können ihn aber nicht ersetzen. Im Gegenteil kann es bei sehr sexistisch eingestellten Menschen und insbesondere mackerhaften Männern, auch zu einer vermehrten Ablehnung oder noch vermehrten Objektivierung des weiblichen Körpers führen, während es insbesondere Frauen natürlich auch ermutigen kann. Dennoch wird es die sexistische Unterdrückung nicht beenden, weil es ihre Ursache nicht angreift. Es braucht also eine revolutionäre Perspektive, die die materielle Grundlage dieser Gesellschaft als Ganzes verändert und nicht nur die Musik, die höchstens die Reproduktion dieser verhindern kann.

Trotzdem lassen sich einige positive
Effekte festhalten: So ist das klare Aussprechen sexueller Wünsche auch ein wichtiger Bestandteil von sexuellem Konsens und Texte, dies das thematisieren, könnten dabei helfen, einen offenen Umgang damit zu normalisieren. Wenn du noch mehr zum Thema Konsens wissen willst, haben wir in dieser Zeitung auch einen ganzen Artikel dazu geschrieben:**„Let's talk about Sex: über Konsens reden – Aber wie?"**. Weiterhin brechen sie mit dem Anspruch, dass alle von der Sexualität von Frauen profitieren können, außer sie selbst und machen weibliche Perspektiven, Wünsche und Fantasien sichtbar. In einer Gesellschaft, in der sich sexuelle Medien wie Musik und Pornographie vor allem an ein männliches Publikum richten, bieten sie Identifikationsfläche für viele junge Frauen und erschaffen Narrative, in denen sie nicht nur passive Teilnehmerinnen sind, sondern selbst aktiv ihre Lust in den Fokus stellen.

Warum Identitätspolitik so gut in die neoliberale Verwertungslogik passt und wir trotzdem etwas daraus lernen können

Worum geht's?

Unter dem Begriff „Identitätspolitik"
verstehen verschiedene Leute verschiedene Sachen. Die Rechten verwenden den Begriff, um ihrem völkischen Rassismus und Nationalismus ein schickes Outfit zu verpassen. Die einen Linken

benutzen ihn dagegen als Wort für Empowerment und Kampf gegen Unterdrückung, die anderen Linken als Kritik an linker Politik, die ökonomische Verhältnisse völlig aus den Augen verloren hat.

Wenn Linke über Identitätspolitik
diskutieren, geht es darum, ob z.B. der Erfolg der AfD etwas damit zu tun hat, dass sich weiße männliche Arbeiter in ihrer Identität durch das vermeintlich Fremde bedroht fühlen, oder damit, dass bestimmte soziale Gruppen Angst vor Abstieg und Armut haben. Es geht darum, ob Sexismus im Kopf oder in der kapitalistischen Produktionsweise entsteht. Es geht darum, ob der antirassistische Kampf von Black Lifes Matter durch Empowerment und Privilegienchecks oder durch kollektive soziale Organisierung erfolgreich sein kann.

Identitätspolitik versus Klassenpolitik

Aber geht es uns nicht letztlich allen
nur darum, Unterdrückung aufzuheben? Warum überhaupt diese Spaltung zwischen Identitätspolitik und Klassenpolitik? Die Antwort auf diese Frage müssen wir vor allem in den Fehlern der Linken selbst suchen. Obwohl Marx, Engels, Lenin und Trotzki die spezifische Unterdrückung von Frauen und Migrant_innen immer wieder betont haben und für das Recht auf unabhängige Organisierung eingetreten sind, wurden diese Fragen durch die Degeneration des Marxismus in Form des Stalinismus, Maoismus und der Sozialdemokratie immer wieder außen vor gelassen. So haben viele Aktivist_innen der 68er-Bewegung den Rassismus zum sogenannten „Nebenwiderspruch“ erklärt, der sich mit der kommunistischen Revolution schon von alleine beseitige. Sie waren aufgrund ihrer hierarchischen Vorstellung, welche die „wichtigeren Kämpfe“ sind, nicht der Lage, Übergangsforderungen aufzustellen, mit denen antisexistischer und antirassistischer Widerstand mit der Arbeiter_innenbewegung verknüpft und der gemeinsame Kampf gegen den Kapitalismus hätte zugespitzt werden können.

Die Gewerkschaften und die

Sozialdemokratie haben sich dagegen lange Zeit nur auf die meist männlichen und weißen Arbeiter in Schwerindustrie, Chemie und Bergbau konzentriert und die anderen Arbeiten, die hauptsächlich von Migrant_innen oder weißen Frauen verrichtet wurden (Dienstleistungen, Erziehung, Bildung, Hausarbeit), vernachlässigt. Die Unterdrückung bestimmter Gruppen wie Frauen, Migrant_innen und LGBTIAs wurde also für lange Zeit von Organisationen der sogenannten „Linken“ reproduziert.

Kein Wunder also, dass sich diese Gruppen von der klassischen Arbeiter_innenbewegung nicht vertreten gefühlt haben. Hinzu kam der Umstand, dass sich die diktatorisch geführte Sowjetunion im Osten selber todgewirtschaftet hat und die Sozialdemokratie im Westen immer mehr Kämpfe verraten und sich an den kapitalistischen Nationalstaat angebiedert hat. Klasse als analytische Kategorie und Marxismus als Wissenschaft und Befreiungsprogramm erschienen vielen deshalb nicht mehr als zeitgemäß oder in der Lage, etwas zu reißen. Identitätspolitische Ansätze lieferten zu diesem Zeitpunkt vielen sexistisch oder rassistisch unterdrückten Menschen, neue Ansätze ihre Unterdrückung zu verstehen und etwas dagegen zu tun. Auch praktisch konnten beispielsweise durch die „Black Power Bewegung“ oder die LGBTIA-Bewegung viele politische Erfolge eingefahren werden.

Repräsentation statt Klassenkampf

Ob gegen den Paragraphen 218 oder die sogenannte „Rassentrennung“: Diese Kämpfe waren Klassenkämpfe, denn sie haben sich dagegen gewehrt, von der Gesellschaft spezifisch ausgegrenzt zu werden, um in dieser marginalisierten Position stärker ausgebeutet zu werden. So spricht die Identitätspolitik in der Praxis meistens auch implizite Klassenfragen an. Die Kapitalist_innen freuen sich natürlich darüber, wenn der Klassenaspekt dieser Kämpfe von Identitätspolitiken unsichtbar gemacht wird, sodass es so aussieht, als wäre es lediglich um Chancengleichheit gegangen. Waren sie nicht explizit antikapitalistisch ausgerichtet, hat der

Kapitalismus identitätspolitische Kämpfe immer wieder aufs Neue für sich vereinnahmt. So konnten Großkonzerne wie H&M, Adidas oder Gilette Identität als Marketingkonzept nutzen, um noch größere Gewinne einzufahren. Und ein Barack Obama als erster schwarzer Präsident der USA afroamerikanische Jugendliche durch seine Polizei erschießen lassen.

Ein Problem an der Identitätspolitik
ist also, dass sie ihre Analyse von Unterdrückung (z.B. Sexismus, Rassismus, Heteronormativität, …) von den materiellen Verhältnissen trennt. Identitätspolitische Kämpfe gegen Unterdrückung erscheinen somit immer nur als Kämpfe um Repräsentation und Sichtbarkeit im Rahmen des Bestehenden. Indem sie Unterdrückung lediglich als Produkt von Diskursen, Bildern, Sprache, kulturellen Praktiken und Denkweisen begreifen, erkennen sie nicht, welche Funktion diese Unterdrückungsformen im Kapitalismus eigentlich haben. Der marxistische Grundsatz, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimme, wird also von der Identitätspolitik umgedreht. Es geht ihr deshalb nicht darum, dass System, dass tagtäglich diese Unterdrückung produziert aus den Angeln zu heben, sondern darum innerhalb dieses Systems unterdrückte Identitäten sichtbarer zu machen. Identitätspolitik geht davon aus, dass Unterdrückung nur erkennbar ist, wenn man sie selber erfährt und dass deshalb nicht Klassenkämpfe sondern Repräsentationskämpfe das treibende Element der gesellschaftlichen Entwicklung sind.

Individuelle Reflexion statt kollektiver Organisierung

Die Unterdrückung aufgrund von
Geschlecht, Hautfarbe, Herkunftsland, Behinderung, sexueller Orientierung etc. ist jedoch keine alleinige Frage der Identität sondern immer auch eine ökonomische Beziehung. Ob wir zu dieser oder jener Gruppe gezählt werden, bestimmt unsere spezifische Stellung im Produktionsprozess. Durch tagtägliche Ausgrenzungserfahrung bei der Lohnauszahlung, der Jobsuche, Wohnungssuche oder Bahnfahren wird uns

diese Unterdrückung aufgezwungen, sodass wir beinahe glauben, sie wäre Teil von uns, Teil unsere Identität. Obwohl uns die rassistischen Sprüche von Mitschüler_innen manchmal eher als das trennende Moment zwischen uns und dem Rest der Gesellschaft vorkommen, ist es letztlich eigentlich die Klassenfrage, ob wir Produktionsmittel besitzen oder gezwungen sind, unsere Arbeitskraft zu verkaufen, die die Gesellschaft spaltet. So kann eine schwarze Milliardärin aus München wesentlich mehr Macht besitzen, als ein weißer Arbeiter aus Eisenhüttenstadt.

Im Kern geht es also um die Frage, ob wir Unterdrückung als individuelles Problem und die Summe der verschiedenen individuellen Einzelunterdrückungen betrachten, oder als allumfassende Struktur im kapitalistischen System. Daraus ergeben sich nicht nur die verschiedenen Antworten, ob sich der Kampf gegen Unterdrückung gegen den Kapitalismus oder um Repräsentation drehen muss. Es steht ebenso zur Debatte, ob dieser Kampf kollektiv oder individuell geführt werden muss.

Da die Identitätspolitik Unterdrückung als individuelle Erfahrung(en) begreift, schlussfolgert sie daraus auch, dass die Kämpfe gegen Unterdrückung auf individueller Basis erfolgen müssen. Ihr Verständnis von Unterdrückung beruht darauf, dass Privilegien in der Gesellschaft ungleich verteilt sind. Das bedeutet, dass die Privilegierten (also meistens weiße, heterosexuelle Cis-Männer) ihre Privilegien mal „checken“ sollten, um reflektierter damit umzugehen. In unseren Augen sollte es jedoch kein Privileg sein, über einen Platz laufen zu können, ohne in eine rassistische Polizeikontrolle zu geraten. Es sollte kein Privileg sein, problemlos eine Wohnung zu bekommen. Was die Identitätspolitik als Privilegien versteht, sind also eigentlich Rechte, die wir für alle erkämpfen sollten! Es sollte uns nicht darum gehen, die kleinen Brotkrumen, die der Kapitalismus für einige von uns abwirft, fairer unter allen aufzuteilen sondern darum, uns die ganze Bäckerei zu holen. Natürlich ist die individuelle

Reflexion darüber, dass es innerhalb unserer Klasse besser gestellte und unterdrücktere Teile gibt, auch ein wichtiger Bestandteil revolutionärer Analyse und Praxis. Jedoch sollten wir es nicht dabei belassen daraus eine individuelle Reflexionsübung zu machen, die uns noch dazu in Wettbewerb zu einander versetzt, wer seine_ihre Privilegien am besten „checkt“. Denn auch so schafft es der Neoliberalismus erneut Kämpfe zu vereinnahmen und aus Identitätspolitik ein Tool der individuellen Selbstoptimierung zu machen (z.B. kann man auf Online-Dating-Plattform nun sein Dating-Profil mit dem Banner „Black Lives Matter“ upgraden).

Den scheinbaren Widerspruch zwischen Identität und Klasse durch revolutionäre Praxis auflösen!

Opfer von Rassismus oder Sexismus
brauchen keine Weißen oder Männer, die das auch alles ganz schlimm finden und sich für sie einsetzen. Was wir brauchen sind Leute, die gemeinsam mit uns auf Augenhöhe für dieselben Ziele kämpfen! Keine geflüchtete Person soll in Lagern leben, sondern das Recht auf eine Privatwohnung haben. Aber auch weiße Arbeiter_innen finden in gentrifizierten Städten nur noch schwer bezahlbaren Wohnraum. Lasst uns also gemeinsam und auf Augenhöhe für die Enteignung von Leerstand und großen Immobilienkonzernen kämpfen! Die Polizei führt nicht nur rassistische Kontrollen durch, sondern schlägt uns auf der nächsten Demo allen ins Gesicht. Lasst uns gemeinsam kollektiv gegen Polizeigewalt organisieren und Selbstschutzstrukturen aufbauen!

Der Kapitalismus ist die Wurzel von
Sexismus, Rassismus sowie sonstigen Unterdrückungsformen und basiert auf der privaten Aneignung gesellschaftlich geleisteter Arbeit. In diesem Widerspruch liegt auch die Auflösung des Problems begründet, weshalb wir ohne Klassenpolitik auch den Kapitalismus nicht abschaffen können. Die Identitätspolitik hat eine von Stalinismus und Sozialdemokratie degenerierte Linke darauf hingewiesen, dass nicht nur weiße, männliche Arbeiter zur Arbeiter_innenklasse gehören. Dies müssen sich revolutionäre Linke zu Herzen nehmen und

ein neues vielfältigeres Bild von der Arbeiter_innenklasse entwerfen, indem sie Forderungen gegen verschiedenste Unterdrückungsgformen aufstellen, die Kämpfe auf ihre gemeinsame Grundlage im Kapitalismus zurückführen und eine schlagfertige antikapitalistische Bewegung aufbauen.

Auch wenn viele identitätspolitische Ansätze ins Leere laufen oder schon komplett Teil der neoliberalen Verwertungslogik geworden sind, müssen wir die Probleme, auf die sie hingewiesen haben, berücksichtigen. In revolutionären Organisationen müssen wir deshalb für das Recht auf Schutzräume eintreten, in denen Angehörige unterdrückter Gruppen gesondert und geschützt vor potentiellen Unterdrücker_innen diskutieren können. Wichtig ist trotzdem, dass wir uns gemeinsam organisieren auf der Basis eines klassenkämpferischen revolutionären Programms, mit dessen Hilfe wir die Produktion vergesellschaften und durch die basisdemokratische Organisation von Produktion und Reproduktion Unterdrückung in der Gesellschaft überflüssig machen. Es geht nicht darum, wer unterdrückter ist, sondern darum, in was für einer Gesellschaft wir alle zusammen leben wollen!

Stoppt die Angriffe auf LGBTI+ Personen in Polen und Ungarn!

Sani Meier

Im Zuge der Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus‘ lässt sich beobachten, dass in manchen Ländern die aktuellen Dynamiken genutzt werden, um Gesetze zu beschließen, die zuvor durch starke Proteste abgewendet wurden. Die überall stattfindenden momentanen Einschränkungen des Demonstrations- und Versammlungsrechtes sind dafür

eine optimale Grundlage, da sie Massenproteste weitestgehend behindern. Besonders deutlich wird dies an den jüngsten Entwicklungen in Ungarn & Polen, wo besonders die Rechte von LGBTIA-Personen und Frauen massiv eingeschränkt werden.

Ungarn:
Verweigerung der Geschlechtsanpassung in offiziellen Dokumenten

In Ungarn hat
so der Staatspräsident János Adler unter anderem jenes umstrittene
Gesetz unterzeichnet, welches trans- und intergeschlechtlichen Menschen die
rechtliche Anerkennung verweigert. Damit ist die Änderung des
Personenstandsgesetzes in Kraft, welche Teil eines Gesetzespakets rund um die
Coronakrise war. Dieses Gesetz bedeutet, dass in allen Dokumenten nur noch das
Geschlecht eingetragen wird, das bei der Geburt festgelegt wurde. Trans- und
Interpersonen können es später nicht mehr in ihr gelebtes Geschlecht ändern lassen, was zu ständiger Diskriminierung im Alltag führen wird. Grundlage dieses Gesetzes ist die reaktionäre Annahme, dass lediglich 2 biologische Geschlechter existieren, die über die Chromosomen bestimmt werden können und
leugnet, dass es auch eine Geschlechtsidentität gibt, die unabhängig vom biologischen
Geschlecht sein und sich im Laufe des Lebens auch ändern kann. Trotz internationaler Proteste dagegen wurde das Gesetz letzte Woche mit den Stimmen
der rechtskonservativen Mehrheit beschlossen. Nun muss noch vom Verfassungsgerichtshof entschieden werden, ob es gegen die gesetzliche Garantie
der Menschenwürde verstoßen würde. Dieser Beschluss war zwar bisher gültig,
konnte aber trotzdem nicht verhindern, dass schon seit Längerem Anträge

auf
Geschlechtsanpassungen von Trans-Personen ignoriert wurden, da man bereits auf
eine entsprechende Gesetzesänderung gewartet hat.

Dieser massive Angriff auf die Rechte von Trans- und
Interpersonen reiht sich ein in weitere Angriffe der regierenden Fidesz-Partei auf Arbeiter_innen- und Minderheitenrechte. Ministerpräsident Viktor Orban propagiert seit Langem öffentlich ein ultra-konservatives Familienbild und sorgte bereits dafür, dass alle Studiengänge zum Thema „Gender-Theorien“ an
ungarischen Universitäten verboten wurden. Auch aus popkulturellen Events wie
dem „Eurovision Songcontest“ zog sich Ungarn zurück, da eine solche Veranstaltung „zu schwul“ sei und die Gesundheit der Nation vergiften würde.

**Polen: Verbot
von Abtreibungen & öffentlicher Sexualaufklärung**

Auch in Polen
haben Gesetzesentwürfe zum vollständigen Verbot von Abtreibungen und zum Verbot
von öffentlichem Sexualkundeunterricht die erste parlamentarische Hürde genommen. Beide Gesetze wurden als Bürgerinitiativen von ultrakonservativen Organisationen eingebracht. Schon seit 1993 hat das Land
nach einer Kampagne der katholischen Kirche eines der restriktivsten Abtreibungsgesetze Europas: Abtreibung ist offiziell nur bei Schädigung des Fötus, bei Gefahr für die Frau und nach Inzest oder Vergewaltigung erlaubt. Offiziell registrieren die Behörden jährlich gut 1000 Abtreibungen. Die echte Zahl liegt Frauenrechtler_innen zufolge bei mindestens 150.000. Zehntausende
Polinnen treiben im Untergrund oder mit Abtreibungspillen zu Hause ab oder fahren zur Abtreibung etwa nach Deutschland oder Tschechien. Ersteres birgt ein

hohes gesundheitliches Risiko für die Frauen (laut Ärzte ohne Grenzen sterben jedes Jahr rund 22.800 Frauen an den Folgen unsachgemäßer Schwangerschaftsabbrüche), während die Reise in ein anderes Land eine zusätzliche finanzielle Belastung mit sich bringt. Nun sollen diese auch noch vollständig verboten werden. Dass dies nicht zu insgesamt weniger Abtreibungen führen wird, sondern lediglich zu mehr illegalen Eingriffen, ist absehbar. Der von der regierenden PiS-Partei gestellte Präsident Andrzej Duda erklärte, er werde ein komplettes Abtreibungsverbot unverzüglich unterschreiben.

Ein weiteres Gesetz ermöglicht bis zu 3 Jahren Haft für jegliche öffentliche Sexualerziehung. Begründet wird dies durch eine angebliche „sexuelle Verführung und Demoralisierung“ und „große Unsicherheit der Gesundheit“ der polnischen Jugend durch Sexualkunde, Verhütung und Aufklärung über Masturbation, Homosexualität, Antidiskriminierung oder Toleranz. Sexualerziehung sei zudem eine „Spielwiese für Schwule, Lesben und Pädophile“. Die Gleichsetzung von Homosexualität mit Pädophilie ist ebenso absurd und reaktionär wie die These, offene Sexualaufklärung würde zu gesundheitlichen Risiken führen.

Doch auch diese Entwicklungen in Polen sind leider nicht überraschend, wenn man sich die gesellschaftlichen Dynamiken anschaut: Hier sind gewaltsame Angriffe auf Pride-Demos durch Rechtsextreme keine Seltenheit und mittlerweile hat sich rund ein Drittel Polens zu sogenannten „LGBTIA-freien Zonen“ erklärt.
In diesen Gebieten können Personen, die nicht in die ultra-konservativen

Vorstellungen von Geschlecht und Familie passen, ihre Identität nicht frei ausleben und sind ständiger verbaler und physischer Gewalt ausgesetzt. Betroffene berichten von täglichen homophoben Angriffen bei gleichzeitiger Ignoranz und fehlendem Schutz durch die Behörden, welche in solchen Angriffen kein Problem sehen würden.

Symptome des internationalen Rechtsrucks

Dass diese traurigen Entwicklungen in Polen und Ungarn gerade jetzt passieren, ist kein Zufall. Sie haben sich im Zuge des internationalen Rechtsrucks angebahnt und sind nun im Schutz der Corona-bedingten Grundrechtseinschränkungen in vollem Gange. In Polen ist seit 2015 die rechtskonservative Prawo i Sprawiedliwość (kurz: PiS, dt: Recht und Gerechtigkeit) an der Regierung und verabschiedet reaktionäre Gesetze, während gleichzeitig eine starke faschistische Szene regelmäßig durch Angriffe auf Linke auffällt. Auch in Ungarn ist mit Victor Orban ein Rechtspopulist an der Macht, welcher durch die faschistische Partei Jobbik (dt. Bewegung für ein besseres Ungarn) gestützt wird. Doch auch abseits dieser beiden Länder lässt sich im Großteil der Welt ein Rechtsruck beobachten: Sei es Trump in den USA, die FPÖ in Österreich, der Rassemblement National in Frankreich, Bolsonaro in Brasilien oder die AfD in Deutschland. Dieser internationale Rechtsruck wurde vor allem durch die letzte weltweite Finanzkrise 2007/08 ausgelöst, welche zu großen Teilen auf dem Rücken der Arbeiter_Innenklasse abgewälzt wurde, welche sich auch heute noch in einer Führungskrise befindet, da keine größere Organisation existiert, die ihre Gesamtinteressen vertritt und eine klare Perspektive bietet. Dies führte vor allem dazu, dass sich die

bestehenden Parteien immer mehr nach rechts bewegten und neue rechte Kräfte
erstarken konnten.

Woher kommt die LGBTIA- Unterdrückung?

Wie bereits
erwähnt, fußt die Unterdrückung von LGBTIA- Personen darauf, dass sie vom traditionellen heteronormativen Familienbild abweichen. Dass dieses Familienkonzept besonders durch den Staat geschützt wird, ist kein Zufall, sondern hat vor allem ökonomische Gründe. Die bürgerliche Kernfamilie sorgt
nämlich vor allem dafür, dass Arbeitskraft im Privaten wieder reproduziert wird: Das beinhaltet all das, was benötigt wird, damit Arbeiter_Innen am nächsten Tag wieder zur Arbeit gehen können, also z.B. Essen, Schlafen, Waschen
etc. All diese Dinge finden unbezahlt innerhalb des privaten Haushalts der Familie statt und werden vor allem durch Frauen geleistet, die diesen durch sogenannte Reproduktionsarbeit am Laufen halten. Sie kochen, putzen, waschen
Wäsche, leisten emotionale Arbeit und sorgen durch die Kindererziehung dafür,
dass auch diese später Lohnarbeit leisten. Und das alles ohne dafür bezahlt zu
werden. Der Staat profitiert also von diesem Familienkonstrukt, da dieses die unentlohnte Reproduktion von Arbeitskraft sicherstellt. Staatliche Institutionen versuchen deshalb die klassische Familie zu schützen, aufrechtzuerhalten und zu promoten, während sie andere Familienentwürfe zu marginalisieren
versuchen. Natürlich wurden in vielen Ländern bereits riesige Fortschritte hinsichtlich der Anerkennung von der bürgerlichen Norm abweichenden Lebens- und
Geschlechtsvorstellungen erkämpft. Die Situationen in Ungarn und Polen zeigen
uns jedoch, dass diese schnell wieder zurückgenommen werden können,

solange die
sozio-ökonomische Grundlagen für LGBTIA-Unterdrückung nicht angegriffen werden.

Es wird also
klar, dass durch die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Familie nicht nur LGBTIA-Personen
ausgegrenzt und diskriminiert werden, sondern auch vor allem Frauen ausgebeutet
und unterdrückt werden. Ihre Repression basiert auf der gleichen Grundlage: Dem
Kapitalismus, welcher die bürgerliche Familie benötigt, um Arbeit möglichst effektiv auszubeuten. Deshalb muss der Kampf um die Befreiung von LGBTIA-Personen zwangsläufig mit den Kämpfen von Frauen und der Arbeiter_Innenklasse
gegen den Kapitalismus geführt werden!

**Wir fordern
deshalb:**

- Die Abschaffung aller Gesetze die LGTBIA-Personen diskriminieren und verfolgen!
- Das Recht auf sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung! Kein kapitalistischer Staat darf zum Schiedsrichter über
  unsere Geschlechtsidentität werden!
- Uneingeschränktes Recht auf Schwangerschaftsabbrüche und Geschlechtsangleichung, sowie freien Zugang zu
  Informationen & freiwilliger Beratung!
- Selbstverteidigungskomitees zum Schutz vor organisierten homo- und transphoben Faschist_Innen!

Berlin: REVO vor Ort!

Theaterstück & Workshop zu alternativem Sexualkundeunterricht

Nachdem
wir uns auch in Berlin an der Demonstration zum Internationalen Frauenkampftag am 8. März beteiligt hatten, führten wir am Alexanderplatz, dem Endpunkt der Demo, ein Theaterstück zum Thema „Alternativer Sexualkundeunterricht“ auf. Dazu spielten einige Mitglieder eine Schulklasse, in der gerade zum ersten Mal das Thema „Sexualität“ behandelt wird. Der von uns dargestellte Lehrer konfrontierte sie also mit den typischen Mythen und Stereotypen des Sexualkundeunterrichts wie zum Beispiel „Sex dient nur der Fortpflanzung“, „Frauen müssen sich um die Verhütung kümmern“ oder der problematischen Einteilung von Sex in Kategorien wie „normal“ und „unnormal“. Die Schüler_Innen der Klasse
stellten nun
kritische Fragen an ihren Lehrer wie „Spielt Spaß beim Sex keine Rolle?“ oder „Sind diese Standards nicht super homophob?“, auf die dieser nicht antworten wollte oder konnte. Daraufhin übernahmen die Schüler_Innen selbst die Kontrolle über den Unterricht und forderten ein alternatives und fortschrittlicheres Konzept zum bisher bestehenden Sexualkundeunterricht. Ziel dieser Aufführung war es, aufzuzeigen wie sexistisch, heteronormativ und veraltet die Standards dessen sind und Schüler_Innen dazu zu ermutigen, dies auch offen in der Schule zu kritisieren und eine Bildung einzufordern, die sich an der tatsächlichen Realität von Sexualität orientiert und nicht an sexistischen und homophoben Stereotypen. Abschließend zu unserer Aufführung öffneten wir die Diskussion für alle Zuschauer_Innen zu einem Workshop mit Themen wie Konsens und wie sich problematische Sexualpädagogik auch später noch auf unser Sexualleben auswirkt.